



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Senegal meets Falkenstein

Der Integrationsbegriff aus verschiedenen Perspektiven

Verfasserin

Anna Zeindlhofer

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil)

Wien, September 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 307

Studienrichtung lt. Studienblatt: Kultur- und Sozialanthropologie

Betreuerin / Betreuer: Mag. Dr. Hermann Mückler ao. Univ.-Prof.

EIDESSTATTLICHE ERKLÄRUNG

Ich erkläre eidesstattlich, dass ich die vorliegende wissenschaftliche Arbeit selbständig angefertigt, keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel benutzt und alle aus ungedruckten Quellen, gedruckter Literatur oder aus dem Internet im Wortlaut oder im wesentlichen Inhalt übernommenen Formulierungen und Konzepte gemäß den Richtlinien wissenschaftlicher Arbeiten zitiert, durch Fußnoten gekennzeichnet bzw. mit genauer Quellenangabe kenntlich gemacht habe.

Die wissenschaftliche Arbeit ist noch keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt worden. Diese Arbeit wurde in gedruckter und elektronischer Form abgegeben. Ich bestätige, dass der Inhalt der digitalen Version vollständig mit dem der gedruckten Version übereinstimmt.

Wien, im September 2012

Anna Zeindlhofer

DANKSAGUNG

Ich danke...

...Hermann Mückler, für die Betreuung meiner Diplomarbeit.

...meinen Interviewpartnerinnen Janine und Kodou, für ihr Vertrauen und ihre Erzählungen, die mir Einblicke in ihre Lebenswelt möglich machten.

...Herrn Bürgermeister Leopold Richter, für die Zeit, die vielen ehrlichen Antworten und sein Interesse.

...Alfred Hruschka, für ein kurzfristiges, aber sehr wertvolles Gespräch.

...Antonia und Anna Hruschka, für deren Einsatz es nicht genug zu schälende Kartoffeln gibt.

...meinen Eltern, für die finanzielle und emotionale Unterstützung während meines Studiums und dafür, dass sie mich meinen Weg gehen lassen.

...Gabriel, für Korrekturen, Kritik und Reflexion. Für offene Ohren, aufbauende Worte und fürs Dasein.

...all jenen, die daran geglaubt haben, dass ich diese Arbeit fertigstellen werde und mich in verschiedenen Gesprächen motiviert haben, durchzuhalten.

INHALTSVERZEICHNIS

1 EINLEITUNG	3
1.1 PERSÖNLICHER ZUGANG	3
1.2 ERSTE THEORETISCHE ANNÄHERUNGEN AN DAS THEMA	4
1.3 FRAGESTELLUNGEN	6
1.4 METHODOLOGIE	7
1.4.1 Methoden der Datensammlung	7
1.4.1.1 Teilnehmende Beobachtung	7
1.4.1.2 Interviews	8
1.4.2 Methoden der Datenaufbereitung und -analyse	10
1.5 AUFBAU DER ARBEIT	11
 2 INTEGRATION IN DEN WISSENSCHAFTEN	 13
2.1 RACE-RELATION CYCLE NACH ROBERT E. PARK UND ERNEST W. BURGESS	13
2.2 ASSIMILATIONSTHEORIE NACH MILTON M. GORDON	15
2.3 INTEGRATIONSTHEORIE NACH HARTMUT ESSER	16
2.3.1 Systemintegration und Sozialintegration	17
2.3.2 Dimensionen der Sozialintegration	18
2.3.3 Typen der Sozialintegration	20
2.3.4 Kritik	24
2.5 DAS PYRAMIDEN-MODELL VON AGER UND STRANG	26
 3 INTEGRATION IN DER POLITIK	 29
3.1 EUROPÄISCHE UNION	31
3.2 SITUATION IN ÖSTERREICH	36
3.2.1 Staatsbürgerschaft	37
3.3 INTEGRATION AUF KOMMUNALER EBENE	42
3.3.1 Handlungsfelder kommunaler Integrationspolitik	43
3.3.1.1 Politische Mitbestimmung	43
3.3.1.2 Öffentliche Verwaltung	44
3.3.1.3 Sprache und Bildung	45
3.3.1.4 Wohnen und Quartiersmanagement	47
3.3.1.5 Kommunaler Arbeitsmarkt	47
3.3.1.6 Kultur und Identität	49
3.3.1.7 kulturelles Angebot und Veranstaltungen	50
3.3.1.8 Religion	50
3.3.1.9 Altersspezifische Angebote	51
3.3.1.10 Gesundheitswesen	53
3.4 MESSBARKEIT VON INTEGRATION	54
 4 EMPIRISCHE FORSCHUNG	 59
4.1 ZUGANG ZUM FORSCHUNGSFELD	59
4.2 BESCHREIBUNG DES FELDES	60

4.2.1 <i>Falkenstein</i>	60
4.2.2 <i>Senegal</i>	60
4.3 ABLAUF DER FELDFORSCHUNG	62
4.3.1 <i>Teilnehmende Beobachtung</i>	62
4.3.2 <i>Interviews und Gespräche</i>	63
4.3.2.1 Gesprächs- und InterviewpartnerInnen	63
4.3.3 <i>Inhaltsanalyse und Kategorienbildung</i>	66
4.3.4 <i>Herausforderungen beim Forschungsprozess</i>	68
4.4 ERGEBNISSE	69
4.4.1 <i>Integrationsverständnis</i>	69
4.4.1.1 konfliktvermeidend	70
4.4.1.2 assimilatorisch	70
4.4.1.3 partizipationsorientiert	71
4.4.1.4 ressourcenorientiert	71
4.4.2 <i>Integrationsindikatoren</i>	72
4.4.2.1 Indikatoren, die von der Mehrheitsgesellschaft und von den ImmigrantInnen genannt wurden	72
4.4.2.2 Indikatoren, die von der Mehrheitsgesellschaft genannt wurden	74
4.4.2.3 Indikatoren, die von den ImmigrantInnen genannt wurden	77
4.4.3 <i>Maßnahmen</i>	77
4.4.3.1 gesetzte Maßnahmen	77
4.4.3.2 gewünschte Maßnahmen	79
5 RESÜMEE	81
6 QUELLENANGABEN	85
6.1 VERWENDETE WEBSITES	94
6.2 VERZEICHNIS DER PROBLEMZENTRIERTEN INTERVIEWS	96
7 ANHANG	97
7.1 DARSTELLUNGSVERZEICHNIS	97
7.2 ABSTRACT	98
7.3 LEBENSLAUF	99

1 Einleitung

1.1 Persönlicher Zugang

Ich kenne die Gemeinde Falkenstein nun mittlerweile zehn Jahre. Sie ist Heimatort von Anna Hruschka, einer Freundin, die ich während meines Studiums kennengelernt habe. Falkenstein ist ein sehr schön gelegener Ort im Weinviertel. Über der Gemeinde thront die Burgruine Falkenstein, von der man einen wunderschönen Ausblick aufs Umland, über die tschechische Grenze hinweg, genießen kann. In der Kellergasse kann man mit einem Glas Wein in der Hand entspannen und wunderbare Abende verbringen.

In diesem Ort, in dem der Weinbau eine große Tradition hat und der mit klassischen Institutionen am Land, wie der Freiwilligen Feuerwehr, dem Musikverein, Sportverein, dem Seniorenbund und der Ortsjugend ein typischer Ort in Österreich zu sein scheint, wohnen seit gut zwei Jahren zuvor drei, mittlerweile nur noch zwei Senegalesinnen: Janine und ihre 14-jährige Tochter Kodou.

Persönlich kennengelernt habe ich die beiden bei einer Veranstaltung im Juni 2011 namens „Senegal meets Falkenstein“, bei der mir öfter erzählt wurde, dass vor allem die Tochter *„sehr gut in Falkenstein integriert“* sei. *„Die Mutter auch, aber die Tochter hatte es doch leichter in der Schule und mit ihren Freundinnen...“* (eigene Feldnotizen 2011: 2). Aus diesen Behauptungen heraus formten sich Fragen in meinem Kopf:

- Was heißt „gut integriert“?
- Kann man Integration messen und wenn ja, wie?
- Ist Integration nicht immer subjektiv?
- Sehen die beiden Frauen das auch so?
- Was wurde von welcher Seite getan, dass die beiden „gut integriert“ sind?

Diese Fragen fanden sich am Abend in meinem Feldtagebuch, dass ich während meiner teilnehmenden Beobachtung in Falkenstein führte. Nach diesen ersten Gedanken, begann ich mich theoretisch mit diesem Thema auseinanderzusetzen. Meine ursprünglichen Forschungsfragen blieben aber im Wesentlichen gleich und wurden nur präzisiert und umformuliert.

1.2 Erste theoretische Annäherungen an das Thema

Als ich begann mich mit dem Thema Integration aus wissenschaftlicher Sicht zu beschäftigen, bemerkte ich sehr schnell, dass es viele unterschiedliche Ansätze gibt, um den Begriff Integration zu definieren.

Ich möchte mit der etymologischen Bedeutung des Begriffes beginnen: Das Wort Integration hat seinen Ursprung im Lateinischen – „integratio“ – und bedeutet Erneuerung, (Wieder-) Herstellung oder Bildung des Ganzen, Vervollständigung, Eingliederung in ein größeres Ganzes oder auch der Zustand, in dem sich etwas befindet, nachdem es integriert worden ist (vgl. Fassmann 2006: 226).

Wichtig und hilfreich ist es, den Begriff der Integration von dem der Assimilation zu unterscheiden. Während Integration nach seinem lateinischen Ursprung nach „wiederherstellen, erneuern, ergänzen“ heißt, bedeutet Assimilation „angleichen“ (vgl. Kluge 2002: 444, 65).

Im allgemeinen Sprachgebrauch wird Integration aber oft mit Assimilation gleichgesetzt, obwohl die Assimilation eine reine Anpassung von Individuen oder Kollektiven an die Mehrheitsgesellschaft sieht. Integration ist allerdings kein einseitiger Prozess, sondern richtet sich an beide Seiten und *bezieht sich ganz allgemein auf den Zustand des Zusammenhalts eines Systems* (Reichel 2011: 83). In diesen Prozess sind also sowohl MigrantIn als auch Institutionen und Öffentlichkeit des Gastlandes involviert (vgl. Spencer 2006: 3).

Laut Spencer (2006: 5 f.) kann Integration nur erfolgreich sein, wenn sie in folgenden vier Bereichen stattfindet: wirtschaftlich, sozial, kulturell und politisch. Die verschiedenen Ebenen und die unterschiedlichen Akteure mit ihren unterschiedlichen Interessen machen diesen Prozess zu einem heterogenen Vorgang.

Da Integration als Sammelbegriff für die unterschiedlichsten Konzepte verwendet wird und für eine lose Eingliederung bis zur perfekten Anpassung stehen kann, der Begriff nicht auf eine zugewanderte Person oder Gruppe beschränkt ist, sondern für alle Menschen in einer Gesellschaft gilt und außerdem auch nicht auf die Sozialwissenschaften beschränkt ist (vgl. Fassmann 2006: 225), muss man, um die Frage, was Integration ist, beantworten zu können, eine allgemein gültige Definition sehr weit fassen, denn der Begriff umfasst viele verschiedene Bereiche und wird meist normativ diskutiert (vgl. Reichel 2011: 83).

Rainer Bauböck (2001: 27 f.) hat vier Kritikpunkte am Begriff Integration formuliert, der die bereits genannten unterschiedlichen Ansätze und Überlegungen gut zusammenfasst:

Erstens wird Integration im allgemeinen Sprachgebrauch oft synonym für Assimilation verwendet. Der Terminus wurde einfach durch die weniger negativ besetzte Bezeichnung Integration ersetzt, obwohl damit nur eine einseitige Anpassung an die vorherrschende Nationalkultur.

Der zweite Vorwurf lautet, dass Integration als einseitiger Prozess gesehen wird. So ist es nicht (auch) die Aufgabe des Gastlandes Einwanderer zu integrieren, sondern alleinige Angelegenheit der MigrantInnen.

Drittens wird das Ziel des Begriffes kritisiert, denn die Eingliederung in eine Aufnahmegesellschaft als Endpunkt, geht nicht einher mit der Tatsache, dass viele MigrantInnen wieder in ihr Herkunftsland zurückkehren oder an ihren Rückkehrabsichten festhalten. Man sollte den Prozess der Migration nicht als

Einbahnstraße begreifen, sondern die sozialen, kulturellen, ökonomischen und rechtlichen Verbindungen an das Herkunftsland anerkennen und die Bedingungen dort für Rückwanderer verbessern.

Der letzte Vorwurf am Integrationsbegriff ist die Ausblendung der lokalen oder auch transnationalen ethnic communities. Im öffentlichen Diskurs geht es immer um die sozialen Strukturen und Institutionen der heimischen Mehrheitsbevölkerung, dass sich Einwanderer aber erst in die ethnic communities ihrer eigenen Herkunftsgruppe integrieren, wird übergangen.

Bauböck hält dennoch am Integrationsbegriff fest, denn er ist schwer zu ersetzen und ist weitaus komplexer als bisher vorgeschlagene Alternativen.

Soweit zu meinen ersten Funden auf die Frage „Was ist Integration?“ Ich ließ mich nicht entmutigen und beschloss, von vorne zu beginnen. Im zweiten Kapitel findet man also einen Überblick über die Entwicklung der Integrationsmodelle in der Wissenschaft.

Ob ein Integrationsmodell „gut“ oder „schlecht“ ist, ist eine wertende Kategorie und vom jeweiligen (politischen) Standpunkt aus abhängig (vgl. Fassman, Stacher, Strasser 2003: 13). Aus diesem Grund beschreibe ich in Kapitel drei, welche Entwicklungen zum Thema Migration und Integration es in der Politik gibt. Meine Ergebnisse aus meiner qualitativ angelegten Forschung versuche ich dann in Kapitel vier mit den Konzepten und Theorien der Wissenschaft und Politik in Einklang zu bringen.

1.3 Fragestellungen

Wie oben zu sehen ist, ist meine banal erscheinende Forschungsfrage „Was ist Integration?“ nicht einfach zu beantworten. Um der Antwort näherzukommen und im Hinblick auf mein Forschungsfeld, nämlich einer kleinen Gemeinde in Niederösterreich, habe ich mir folgende Teilfragen überlegt:

- Welche verschiedenen Modelle gibt es in der Wissenschaft?
- Was ist Integration für die aufnehmende Bevölkerung und wie verstehen die beiden Migrantinnen den Begriff?
- Wann ist man „gut“ integriert?
- Welche Faktoren beeinflussen Integration im ländlichen Raum?
- Inwieweit geht die Kommunalpolitik auf die Bedürfnisse der MigrantInnen ein?
- Welche Möglichkeiten gibt es bereits? Was kann verbessert werden?

1.4 Methodologie

1.4.1 Methoden der Datensammlung

Für die Datensammlung wurden qualitative Forschungsmethoden angewandt: Da es sich bei Migration und Integration um Prozesse handelt, ist die Biographie der beiden Zuwanderinnen für mich interessant. Mithilfe von qualitativen Interviews, vor deren Durchführung ich mir einen Leitfaden überlegt habe, sollten die Umstände der Migration und das Zusammenleben im Dorf in Erfahrung gebracht werden.

Da sich Integration auf verschiedenen Dimensionen abspielt, waren neben dem Migrationshintergrund auch die aktuelle berufliche Situation, Wohnsituation und die sozialen Netzwerke interessant. Diese Aspekte erhoffte ich mir sowohl durch die qualitativen Interviews als auch durch Einblicke und Erkenntnisse, die ich durch teilnehmende Beobachtung gewinnen wollte, herauszuarbeiten.

1.4.1.1 Teilnehmende Beobachtung

Stammt auch der Begriff der teilnehmenden Beobachtung nicht von Bronislaw Malinowski, so war doch er es, der diese Methode mit seiner Feldforschung

von 1915 bis 1918 auf den Trobriand-Inseln geschaffen hat (vgl. Hauser-Schäublin 2008: 39).

Die teilnehmende Beobachtung ist eine qualitative Methode, die größtmögliche Nähe zwischen ForscherIn und dem Forschungsgegenstand in Alltagssituationen schaffen soll. Dies bringt auch Probleme mit sich: Der/die Beobachtende muss seine Sinne schärfen, um Dinge, die durch den Alltag und ihre Normalität beinahe unsichtbar werden, wahrzunehmen (vgl. Hauser-Schäublin 2008: 41 f.). Außerdem muss sich der/die ForscherIn seiner/ihrer Rolle bewusst sein. Einerseits möchte man aufgenommen und akzeptiert werden um nicht als Störfaktor wahrgenommen zu werden und um an allen Situationen teilnehmen zu können. Andererseits muss man als ForscherIn eine gewisse Distanz wahren, um beobachten zu können (vgl. Hauser-Schäublin 2008: 42 f. und Mayring 2002: 82).

Wichtig für die Auswertung der teilnehmenden Beobachtung ist, dass laufend Notizen gemacht werden. Eindrücke und Gesehenes müssen sofort festgehalten werden. Ich habe abends noch einmal meine Notizen durchgelesen und Zusammenfassungen über den Tag geschrieben. Diese (schriftliche) Reflexion erleichterte mir später nicht nur die Auswertung, sondern half mir dabei, die Leitfäden für meine Interviews zu erstellen.

1.4.1.2 Interviews

Da sich nicht alles aus einer teilnehmenden Beobachtung deuten lässt, ist es von Vorteil, die Forschungssubjekte selbst als Experten ihrer eigenen Lebenswelt, Betrachtungen und Bedeutungszuschreibungen sprechen zu lassen (vgl. Mayring 2002: 66).

Integration ist kein einseitiger Prozess, aus diesem Grund und um die verschiedenen Sichtweisen darzustellen, habe ich neben den beiden betroffenen Frauen auch noch mit dem Bürgermeister der Gemeinde, mit einer Person aus dem Verein FalkArt und mit den beiden wichtigsten Personen für meine Hauptperson gesprochen. Sehr interessant war für mich, dass eine davon in

Falkenstein wohnt und die andere nicht. Dadurch erhielt ich unterschiedliche Sichtweisen auf die Gemeinde.

Mit meinen InterviewpartnerInnen führte ich problemzentrierte Interviews. Diese Interviewform ist für den Interviewer stärker strukturiert, da sich das Gespräch, wie der Name schon sagt, um eine bestimmte Problemstellung dreht und sich daraus bestimmte Fragestellungen ergeben. Durch die Auseinandersetzung mit der Theorie und der teilnehmenden Beobachtung habe ich gewisse Aspekte herausgearbeitet und so einen Leitfaden erstellt, der vor allem dazu diente, dass ich während des Interviews auf keine mir wichtig erscheinenden Punkte vergesse.

Der/die Befragte hingegen kann und soll frei antworten (vgl. Mayring 2002: 66 f.), dabei ist besonders darauf zu achten, dass man keine Suggestivfragen stellt und damit bereits Antworten vorgibt. Wichtig ist auch, Geduld mitzubringen und wirklich Zuzuhören um interessante Aspekte aufzugreifen. Ebenfalls mit Vorsicht zu verwenden sind unterstützend und anregend gemeinte, aber sich leider als bewertend und lenkend auswirkende Aussagen und Kommentare. Dahinter stecken oft Unsicherheit und die durch Unerfahrenheit bedingte Angst zu wenig Material aus dem Interview zu gewinnen (vgl. Hopf 2012: 359). Damit der/die Interviewte frei von seinen/ihren subjektiven und oft sehr persönlichen Perspektiven und Deutungen sprechen kann und sich dabei ernst genommen fühlt, braucht es außerdem eine Vertrauensbeziehung zwischen beiden Parteien (vgl. Mayring 2002: 68 f.).

Die Gespräche bestehen laut Mayring (2002: 70) aus drei Teilen:

- *Sondierungsfragen*: Das sind allgemeine Einstiegsfragen um zu sehen, welche subjektive Bedeutung das Thema für den/die Befragte/n hat.
- *Leitfadenfragen*: Dabei handelt es sich um die wesentlichsten Fragestellungen aus dem Interviewleitfaden.
- *Ad-hoc-Fragen*: Das sind spontane Fragen, die sich durch interessante Aspekten aus dem Gespräch heraus ergeben.

Die Interviews wurden mit dem Einverständnis meiner InterviewpartnerInnen mittels Diktiergerät aufgenommen und anschließend wörtlich transkribiert, dabei habe ich im Dialekt gebräuchliche Ausdrücke belassen und nicht in Schriftdeutsch umformuliert.

1.4.2 Methoden der Datenaufbereitung und -analyse

Die Interviews wurden transkribiert und zusammen mit dem restlichen Datenmaterial, dem Feldforschungstagebuch, Notizen und Memos mittels zusammenfassender qualitativer Inhaltsanalyse nach Mayring (2010: 67 ff.) ausgewertet.

„Ziel dieser Analyse ist es, das Material so zu reduzieren, dass die wesentlichen Inhalte erhalten bleiben [und] durch Abstraktion einen überschaubaren Corpus zu schaffen, der immer noch Abbild des Grundmaterials ist“ (Mayring 2010: 65).

Bei der Auswertung selbst handelt es sich um eine Kombination von deduktiver und induktiver Vorgehensweise in Bezug auf die Kategorienbildung. Ich bin also mit theoriegeleiteten Kategorien ans Material gegangen, habe mich aber nicht davor verschlossen, das Material selbst als Quelle neuer Kategorien anzusehen.

So erhält man ein System von Kategorien und Subkategorien, die mit bestimmten Textpassagen verbunden sind. Ich habe, um mir die Datenaufbereitung zu vereinfachen, die Software MAXQDA verwendet. Dieses Programm hat mir sowohl die Bildung des Kategoriensystems, die Zuordnung von Codes und das Zuteilen von konkreten Textpassagen sehr vereinfacht.

Die genaue Erarbeitung und Beschreibung der Kategorien nehme ich zu einem späteren Zeitpunkt, nämlich im empirischen Teil meiner Arbeit, vor.

1.5 Aufbau der Arbeit

Nachdem ich im ersten Teil meiner Arbeit zuerst meinen persönlichen Zugang zum Thema darlege, folgt daran anschließend eine erste theoretische Annäherung, die schon vorab die Schwierigkeiten mit der Verwendung des Begriffs Integration aufzeigen soll. Aufgrund dieser Schwierigkeiten ergab sich meine zentrale Forschungsfrage: „Was ist Integration?“, an die ich nach der Auswahl meines Feldes und meiner Methoden noch andere Fragen anschloss.

Nachdem ich meine Fragestellungen näher vorgestellt habe, gebe ich einen kurzen Überblick über meinen methodischen Zugang, der später im vierten Teil dieser Arbeit genauer beschrieben wird.

Der zweite Teil meiner Arbeit *Integration in der Wissenschaft* ist ein Überblick über verschiedene relevante Integrationstheorien. Ich beginne in den 1920er Jahren mit Robert E. Parks und Ernest W. Burgess' Race-Relation Cycle, die von einem linearen Prozess der Anpassung ausgehen. Über Shmuel N. Eisenstadt komme ich dann zu Milton M. Gordon, der nicht mehr die Annahme der unvermeidlichen Anpassung vertrat. Und schließlich, nachdem Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny feststellte, dass Integration Voraussetzung für Assimilation sei und somit auch Aufgabe der Aufnahmegesellschaft, komme ich zu Hartmut Essers Integrationstheorie, die zwischen Systemintegration und sozialer Integration unterscheidet. Dieser komplexen Theorie stelle ich abschließend das Modell von Alastair Ager und Alison Strang gegenüber, das einen guten Übergang zum darauffolgenden Kapitel *Integration in der Politik* darstellt.

Im dritten Kapitel stelle ich die drei Grundpfeiler einer Integrationspolitik nach Bernhard Perchinig dar und versuche daran anschließend die Situation der aktuellen Einwanderungspolitik sowohl in der Europäischen Union als auch in Österreich zu geben. Besonderes Augenmerk lege ich einerseits auf die Regelung des Staatsbürgerschaftserhalts und auf den von einem Expertenrat unter der Leitung von Heinz Fassmann für die Bundesregierung entwickelten Nationalen Aktionsplan (NAP) für Integration. Da sich meine Arbeit mit der Integrati-

on im ländlichen Gebiet befasst, habe ich mich dann mit Kommunalpolitik beschäftigt und beschreibe konkrete Handlungsfelder auf kommunaler Ebene. Ausgehend vom oben genannten Aktionsplan wurden Integrationsindikatoren entwickelt, um den Integrationsprozess in Österreich zu analysieren. Diese Indikatoren helfen mir unter anderem im letzten Teil dieses Kapitels die Frage nach der Messbarkeit von Integration zu beantworten.

Der vorangegangenen Theorie soll im vierten Teil dieser Diplomarbeit meine Feldforschung gegenübergestellt werden. Nachdem ich den Zugang zum Feld und das Forschungsfeld selbst vorgestellt habe, erkläre und begründe ich meine Methoden zur Datengewinnung und -auswertung und komme dann zur Präsentation meiner Ergebnisse.

Die Ergebnisse meiner Literaturrecherche und meiner Feldforschung werde ich im letzten Kapitel dieser Arbeit noch einmal reflektieren und zusammenfassen.

2 Integration in den Wissenschaften

Im folgenden Kapitel möchte ich einen kurzen Überblick über die Entwicklung von Assimilations- und Integrationsmodellen in den Wissenschaften der letzten Jahrzehnte geben. Ausgehend von den Anfängen der soziologischen Migrationstheorien in den 1920er Jahren, dem „Race-Relation Cycle“ von Robert E. Park und Ernest W. Burgess gehe ich kurz auf Milton M. Gordons Assimilationstheorie ein, der nicht mehr von einer vollkommenen Auflösung der ethnischen Unterschiede ausgeht. Anschließend werde ich die Theorie von Hartmut Esser vorstellen, bevor ich mich, sozusagen im Übergang zu den politischen Sichtweisen, mit einem Konzept aus dem Vereinigten Königreich von Alastair Ager und Alison Strang beschäftige.

2.1 Race-Relation Cycle nach Robert E. Park und Ernest W. Burgess

Das Modell der Chicagoer Schule, der „Race-Relation Cycle“, wurde in den 1920er Jahren von Robert E. Park und Ernest W. Burgess entwickelt und beschreibt die schrittweise Anpassung von Zuwanderern an die Aufnahmegesellschaft. Auch wenn in diesem Modell die Veränderungen in der Aufnahmegesellschaft, die durch Interaktionen passieren, keinen Platz finden und von einer linearen Abfolge einzelner Phasen ausgegangen wird (vgl. Fassmann 2006: 232f.), möchte ich die Anfänge der modernen Migrationsforschung hier kurz vorstellen (vgl. Treibel 2003: 90 f. und Fassmann 2006: 232 f.).

Das Modell von Park und Brugess basiert auf fünf unterschiedlichen Phasen, die nacheinander durchlaufen werden.

In der ersten Phase erfolgen die Zuwanderung und eine friedliche, aber distanzierte *Kontaktaufnahme*. Die Zuwanderer bleiben aber noch in „ihren“ Eth-

nic Communities. Als Beispiele wären hier Little Italy oder Chinatown zu nennen.

In Phase zwei und drei geht es um *Wettbewerb und Konflikt*, um die Ressourcen. Der Kontakt zur Aufnahmegesellschaft wird, vor allem über den Wohnungs- und Arbeitsmarkt, intensiver. Die räumliche Segregation bleibt noch bestehen und es kommt zu Diskriminierungen und Auseinandersetzungen im Konkurrenzkampf um die knappen Ressourcen.

In Phase vier kommt es zu einer *Anpassung* an die Mehrheitsgesellschaft. Um im Wettbewerb bestehen zu können, wird die Anpassung an die Aufnahmegesellschaft gefordert. Sprache und Verhaltensweisen müssen erlernt werden. Die Anpassung führt zu erfolgreichen Zuwanderern und einem sozialen Aufstieg und Ausstieg aus dem ethnischen Viertel.

In Phase fünf kommt es schließlich zur „perfekten“ Anpassung im Sinne von *Assimilation*. Die ethnischen Dimensionen werden aufgelöst und aus Zuwanderern werden Einheimische. Die ethnischen Viertel lösen sich auf und die Zuwanderer leben nun ihren ökonomischen Möglichkeiten entsprechend.

Dieses Modell ging also davon aus, dass über kurz oder lang die ganze Welt zum melting pot – zum Schmelztiegel werden würde und alle Rassen und Kulturen darin verschwinden (vgl. Treibel 2003: 91).

Das Modell des unvermeidbaren zyklischen Phasenverlaufs mit der vollständigen Assimilation als Endpunkt ist aber empirisch nicht haltbar. Bereits der israelische Soziologe Eisenstadt wies Anfang der 1950er Jahre darauf hin, dass Assimilation nur möglich ist, wenn Zuwanderer und Aufnahmegesellschaft bestimmte Bedingungen erfüllen. Er verwendete für die vollständige Angleichung der Zuwanderer in die Aufnahmegesellschaft den Begriff der Absorption, die man dann vorfindet, wenn sich die Zuwanderer von den Werten ihrer alten Bezugsgruppe losgelöst haben und ihre ethnische Identität aufgegeben haben. Damit das passieren kann, braucht es allerdings eine absorbierende Sozialstruktur. Eisenstadt ging also davon aus, dass die Eingliederung von Einwanderern auch Aufgabe der Aufnahmegesellschaft ist (vgl. Treibel 2003: 96 f.).

2.2 Assimilationstheorie nach Milton M. Gordon

In den 1960er Jahren wurde erkannt, dass die unvermeidliche Anpassung der Zuwanderer nicht stattfindet. Das Paradigma der Assimilation mit der Metapher des „melting pots“ wurde vom Paradigma des ethnischen Pluralismus und dem Bild der „salad bowl“ abgelöst (vgl. Reichel 2011: 84).

Der amerikanische Soziologe Milton M. Gordon ging von der amerikanischen Gesellschaft aus, die aus vielen einzelnen Subgesellschaften besteht. Die Stabilität einer Gesellschaft erklärte Gordon mit der Entwicklung von interethnischen Gruppenbeziehungen. In diesem Zusammenhang prägte er den Begriff der „ethclass“, der eine Symbiose aus Klassenidentität und ethnischer Identität ist. Gordon behauptet, dass sich nur Menschen derselben „ethclass“ wirklich zusammengehörig fühlen könnten (vgl. Treibel 2003: 100).

Aufgrund des geringen Ausmaßes an interethnischen Primärbeziehungen, die sowohl freundschaftlicher als auch romantischer Natur sein können, sieht Gordon außerdem ein geringes Assimilationspotenzial, das wiederum auf die strukturelle Assimilation Einfluss nimmt. Denn der Eintritt in Institutionen und Vereine erfolgt meist über Primärbeziehungen (vgl. Treibel 2003: 100).

Auch wenn kulturelle Assimilation erfolgt, bedingt dies nicht zwangsläufig auch die anderen Stufen der Assimilation. Häufig bleiben die Zuwanderer auf dieser Stufe der Akkulturation. Die strukturelle Assimilation zieht jedoch zwangsläufig auch Akkulturation (kulturelle oder verhaltensmäßige Assimilation), Heirat und identifikative Assimilation (Entwicklung eines Zugehörigkeitsgefühls zur Aufnahmegesellschaft) nach sich (vgl. Treibel 2003: 100 f.).

Gordon entwickelte sieben Phasen des Assimilationsprozesses:

Subprozess bzw. Bedingung	Teilprozesse der Assimilation	Spezielle Bedingung
Wandel der kulturellen Verhaltensmuster in Richtung auf Angleichung mit der Aufnahmegesellschaft	kulturelle oder verhaltensmäßige Assimilation	Akkulturation

Eintritt in Cliques, Vereine und Institutionen der Aufnahmegesellschaft auf der Basis von Primärbeziehungen	strukturelle Assimilation	
Entstehung interethnischer Heiratsmuster	marital Assimilation	Amalgamierung
Entwicklung eines Zugehörigkeitsgefühls zur Aufnahmegesellschaft	identifikative Assimilation	
Fehlen von Vorurteilen	attitude receptional assimilation	
Fehlen von Diskriminierungen	behavioral receptional assimilation	
Fehlen von Wertkonflikten und Machtkämpfen	zivile Assimilation	

Dar. 1: Phasen des Assimilationsprozesses (nach Milton M. Gordon 1964: 1, zitiert nach Han 2005: 58)

Bevor ich nun ausführlicher auf die Theorie von Hartmut Esser eingehe, möchte ich noch kurz auf den Schweizer Soziologen Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny eingehen, der Integration als Voraussetzung für Assimilation sieht. Integration sieht er als die Teilhabe der MigrantInnen an der Statusstruktur und Assimilation als Angleichung an die Kultur der Aufnahmegesellschaft. Er sagt, dass Integrationsbereitschaft nicht Aufgabe der Zuwanderer ist, sondern es Aufgabe des Einwanderungslandes ist, eine Statusstruktur in Bezug auf berufliche Position, Einkommen, rechtliche Stellung, Wohnen und Bildung zu schaffen. Diese Vorleistung der Aufnahmegesellschaft wird vorausgesetzt, um auch eine Angleichung an Sprache und Wertevorstellungen erwarten zu können (vgl. Treibel 2003: 137).

2.3 Integrationstheorie nach Hartmut Esser

Hartmut Esser versteht unter Integration ganz allgemein den „Zusammenhalt von Teilen in einem ‚systematischen‘ Ganzen (...), gleichgültig zunächst worauf dieser Zusammenhalt beruht.“ (Esser 2001: 1) Das „systemische Ganze“ besteht aus einzelnen Teilen (Personen, Personengruppen), die in wechselseitiger Beziehung zueinander stehen und dieses „System“ ist als solches auch wahrnehmbar.

„Die Integration eines Systems ist somit über die Existenz von bestimmten Relationen der wechselseitigen Anhängigkeit zwischen den Einheiten und der Abgrenzung zur jeweiligen Umwelt definiert, durch ihre Interdependenz“ (Esser 2001: 1).

Da diese Relationen unterschiedliche Ausprägungen annehmen können, ergeben sich „mehr“ oder „weniger“ integrierte Systeme. Ist die Ausprägung der wechselseitigen Relationen sehr hoch und zufallsverteilt und werden alle Einheiten des Systems erfasst, dann ist es perfekt integriert. Ist das Ausmaß an wechselseitigen Relationen eher gering oder werden nur bestimmte Einheiten erfasst, dann ist das systemische Ganze schwächer integriert (vgl. Fassmann 2006: 226) und bestehen die Teile nur lose nebeneinander, dann spricht Esser vom Gegenteil der Integration, der Segmentation (vgl. Esser 2001: 1).

Diese Definition ist sehr allgemein und kann sowohl auf Moleküle als auch auf lebende Organismen angewandt werden, aber auch auf soziale Systeme, das heißt auch auf (Teile von) Gesellschaften (vgl. Esser 2001: 1).

Wenn wir diese Definition auf die Gesellschaft bzw. auf Teile davon anwenden, sind diese wechselseitigen Relationen zum Beispiel soziale Kontakte, Interaktionen, Kommunikationen, auch Konflikte, soziale Beziehungen und Transaktionen aller Art. Man kann diese sozialen Relationen als soziales Handeln zusammenfassen (vgl. Esser 2001: 1).

2.3.1 Systemintegration und Sozialintegration

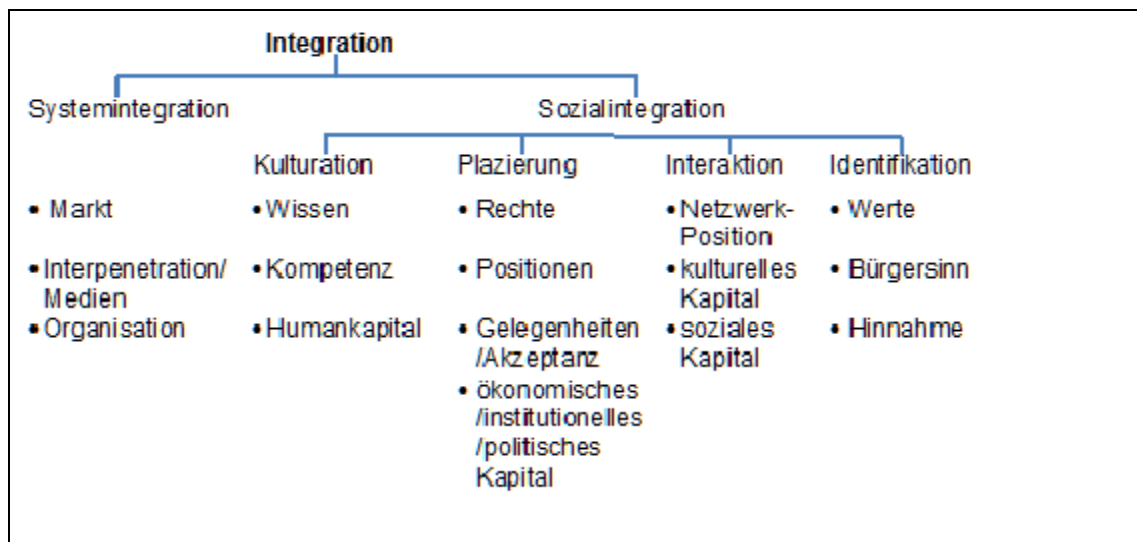
Esser unterscheidet nach dem britischen Soziologen David Lockwood ebenfalls zwischen Systemintegration und Sozialintegration.

Als Systemintegration bezeichnet Lockwood die Beziehung zwischen den Teilen eines sozialen Systems. Die Sozialintegration hingegen, bezeichnet die Beziehung und Interaktion zwischen den Akteuren (vgl. Reichel 2011: 85).

Diese beiden Typen hängen zwar meist zusammen, können aber auch ohne die andere Variante existieren. Als Beispiele für die Systemintegration nennt Esser (2001: 3 f.) den Weltmarkt, den Nationalstaat oder die Europäische Union, die Teile eines sozialen Systems, ohne auf die Motive und Beziehungen der Individuen einzugehen, also „über die Köpfe“ der AkteurInnen hinweg, zusammenhalten.

2.3.2 Dimensionen der Sozialintegration

Die soziale Integration hingegen, zeigt die individuelle Eingliederung und hat mit den Motiven, Orientierungen, Absichten und Relationen der Akteure untereinander zu tun (vgl. Fassmann 2006: 226 f.). Im Zusammenhang mit der Integration von Einwanderern und deren Nachfolgenerationen sprechen wir also von der Sozialintegration, die sich in vier Dimensionen teilt (siehe Dar. 2):



Dar. 2: Systemintegration und die vier Dimensionen der Sozialintegration (nach Esser 2001: 16)

Mit „*Kulturation*“ bezeichnet Esser den Erwerb von Wissen und Kompetenzen, die für erfolgreiche Interaktionen nötig sind. Auch wenn Esser vor allem die sprachlichen Fertigkeiten hervorhebt, ist der Begriff dennoch weiter gefasst und spricht von einer Art „Humankapital“, in das investiert werden sollte, um an einer Gesellschaft teilnehmen zu können (vgl. Esser 2001: 8 f.).

„Plazierung“ bezeichnet vor allem die Besetzung bestimmter gesellschaftlicher Positionen, die einerseits durch die Verleihung von bestimmten Rechten, wie zum Beispiel die Staatsbürgerschaft und dem meist damit einhergehenden Wahlrecht bestimmt wird. Andererseits werden diese Positionen auch durch Angebot und Nachfrage bestimmt, wobei das Angebot vor allem aus Fertigkeiten und Ressourcen der Zuwanderer, die vom Arbeitsmarkt bis zum Beziehungs- und Heiratsmarkt reichen, besteht. Dabei stellen Diskriminierungen und Vorurteile eine Barriere für die Immigranten dar, woraus sich laut Esser eine hohe Bedeutung der sozialen Akzeptanz ergibt. Die Plazierung steht in engem Zusammenhang mit der Kulturation, denn auf der einen Seite können AkteurInnen durch Plazierung auf bestimmten Positionen bestimmte Kompetenzen erwerben und auf der anderen Seite wird die Plazierung vom Erwerb bestimmter Kompetenzen bedingt. Für Esser ist *„die Plazierung auf den (möglichst auch: zentralen) Positionen einer Gesellschaft, der Schlüssel für jede nachhaltige Sozialintegration“* (Esser 2001: 10).

Unter „Interaktion“ wird soziales Handeln verstanden, durch das sich Beziehungen bilden. Es gibt drei Spezialfälle der Interaktion: gedankliche Koordination, die symbolische Interaktion und die Kommunikation. Durch die sozialen Beziehungen werden mehr oder weniger feste Regeln für die Interaktion festgelegt.

Ethnisch-räumliche Segregation erschwert Interaktionen, auch die Beherrschung von grundsätzlichen kulturellen Fertigkeiten ist von Nöten, selbst wenn diese Fertigkeiten, vor allem die Sprache, durch Interaktion wiederum verbessert werden können (vgl. Esser 2001: 10 f. und Reichel 2011: 86).

Mit „Identifikation“ meint Esser (2001: 12 f.) die Wahrnehmung der AkteurInnen eines sozialen Systems als „Kollektiv“ oder „Ganzheit“ und ein Wir-Gefühl zu den Mitgliedern dieser Gruppe. Esser unterscheidet – je nach Intensität – drei verschiedene Stufen der Identifikation. Die intensivste Identifikation eines Akteurs mit einem Kollektiv passiert über die *Werteintegration*. Durch ein ausgesprochen intensives Solidaritätsgefühl treten eigene, „egoistische“ Motive zugunsten der Gruppe zurück.

Die zweite Stufe nennt er den *Bürgersinn*. Hierbei geht es vor allem um die Unterstützung und den Schutz vor kollektiven fundamentalistischen Forderungen einer Verfassung, die den AkteurInnen individuelle Freiheiten und Entscheidungen überlässt (Esser 2001: 13).

Die schwächste Form der Identifikation wird von Esser als *Hinnahme* bezeichnet, die sich wiederum in zwei Arten teilt. Jene Form, die typisch für die modernen, funktional differenzierten Gesellschaften ist, wird als Verkettungsintegration bezeichnet. Aufgrund zunehmender Mobilisierung und Individualisierung der Gesellschaften und dem Auflösen von Grenzen entstehen inkonsistente Gruppen, deren Orientierungen und Wege sich zwar teilweise kreuzen, sich aber dennoch nicht als Ganzes fassen lassen. Aus diesem Grund und wegen der Tatsache, dass diese AkteurInnen auch Profit aus dem System ziehen, lehnen sich die AkteurInnen nicht gegen das System auf. Die schwächste Form der sozialen Integration ist nun die Deferenzintegration. Auch hier werden das System und die Gesellschaft hingenommen, allerdings können die AkteurInnen hier keinen Nutzen daraus ziehen, sondern die Macht- und Aussichtslosigkeit auf Veränderung machen die Angehörigen dieser Art apathisch (vgl. Esser: 2001: 13 f.).

2.3.3 Typen der Sozialintegration

Aufgrund der Tatsache, dass bei Zuwanderern nicht nur das wandernde Individuum oder die Gruppe selbst, sondern auch immer zwei Gesellschaften involviert sind – nämlich die aufnehmende Gesellschaft und die Herkunftsgesellschaft – ist für die Zuwanderung eine doppelte Perspektive charakteristisch (vgl. Fassmann 2006: 227).

Nicht zu vergessen sind auch jene ethnic communities, die im Zielland lokalisiert sind und einen weiteren Bezugspunkt für die MigrantInnen darstellen (vgl. Esser 2001: 19). Unterscheidet man nun die Relationen der Sozialintegration zu den verschiedenen Bezugsgesellschaften zeigt das eine vereinfachte Darstellung von vier möglichen Typen der Sozialintegration (vgl. Fassmann 2006: 227):

		Sozialintegration in Aufnahmegesellschaft	
		ja	nein
Sozialintegration in Herkunftsgesellschaft/ ethnische Gemeinde	ja	Mehrfachintegration (multiple Integration, „Multikultur“, „salad bowl“)	Segmentation (Spaltung, Parallelgesellschaft)
	nein	Assimilation („melting pot“)	Marginalität (Randständigkeit, Desintegration)

Dar. 3: Typen der Sozialintegration (nach Esser 2001: 19 bzw. Fassmann 2006: 228)

Die sich daraus ergebenden Integrationskonzepte (vgl. Esser 2001: 20 ff. und Reichel 2011: 87 f.) sind:

(1) *Marginalität*: Ist der Zuwanderer weder in die Aufnahmegesellschaft noch in die Herkunftsgesellschaft sozial integriert, ergibt sich daraus der „marginal man“. Er hat seine alte Heimat verlassen und eine neue gibt es (noch) nicht. Er lebt am Rande der Gesellschaft, ist keiner Gruppe zugehörig, desorientiert und entfremdet. Dieser „marginal man“ ist oft für die erste Generation von Zuwanderern typisch.

(2) Die *Segmentation* ergibt sich aus der Sozialintegration in die Herkunftsgesellschaft und der nicht oder noch nicht vorhandenen Sozialintegration in die Aufnahmegesellschaft. Dieser Typ ist im Unterschied zum heimatlosen Fremden nicht entwurzelt, desorientiert und entfremdet, sondern ist stark verwurzelt und orientiert – allerdings nicht an der Aufnahmegesellschaft, sondern der ethnic community.

(3) Die oft gewünschte *Mehrfachintegration* definiert sich durch eine Sozialintegration in beiden Gesellschaften. Eine mehrfache Orientierung, die sich in einer multiplen Identität, Mehrsprachigkeit und einer Mischung der sozialen Bezugssysteme erkennen lässt und wie ein Lichtschalter aktivierbar ist, ist schwer realisierbar. Der Zugang zu einem großen Ausmaß an Lern- und Interaktionsaktivitäten bleibt den meisten Menschen ganz einfach verwehrt.

(4) Bleibt noch die *Assimilation*, die sich durch die Trennung zu sämtlichen Verbindungen der Herkunftsgesellschaft und der sozialen Integration in die Aufnahmegesellschaft ergibt. Dabei geht es nicht um eine komplette Gleichheit aller Akteure, sondern um eine Angleichung, die aber nicht nur von den Einwanderern an die Aufnahmegesellschaft erfolgt, sondern durchaus auch in die umgekehrte Richtung. Eine interaktive Sozialintegration, die eine wechselseitige Beeinflussung von Aufnahme- und Herkunftsgesellschaft erlaubt, ist mit dem Typ der Assimilation durchaus vereinbar und laut Esser ist Assimilation – obwohl es ein politisch belasteter Begriff ist – auch die einzige realistische Möglichkeit für MigrantInnen.

Nach Hartmut Esser (2001: 22) ergeben sich durch die vier Dimensionen der Sozialintegration – Kulturation, Platzierung, Interaktion und Identifikation auch vier Dimensionen des vierten Typs, der Assimilation. Nämlich die kulturelle, strukturelle, soziale und identifikative Assimilation:

(1) Kulturelle Assimilation meint die Angleichung in Wissen und Fertigkeiten und steht mit der strukturellen Assimilation in wechselseitiger Relation. Für eine erfolgreiche soziale und identifikative Assimilation wird sie vorausgesetzt (vgl. Esser 2001: 22).

(2) Die strukturelle Assimilation bezeichnet die Platzierung der Akteure in den unterschiedlichen Teilsystemen in einer Gesellschaft, wie zum Beispiel am Arbeitsmarkt oder im Bildungsbereich. Außerdem geht es darum, in welchem Maß bestimmte Rechte wahrgenommen werden können (vgl. Esser 2001: 22).

(3) Soziale Assimilation setzt eine erfolgreiche kulturelle und strukturelle Assimilation voraus und meint die Angleichung in der sozialen Akzeptanz und in Beziehungsmustern, wie zum Beispiel im Heiratsverhalten (vgl. Esser 2001: 22).

(4) Die identifikative Assimilation bezeichnet die Angleichung der Akteure in der emotionalen Identifikation mit dem Aufnahmeland (vgl. Esser 2001: 22).

Nach Esser (2001: 24 f.) gibt es drei Umstände, die den Prozess der Sozialintegration beeinflussen: die mitgebrachten Eigenschaften, Kompetenzen und Ressourcen der Individuen, die vorgefundenen Bedingungen im Aufnahmeland und die Orientierungen und Alternativen im Herkunftsland bzw. der ethnischen Gemeinde im Aufnahmeland.

Esser fasst die Umstände der Assimilation wie folgt zusammen und sagt, dass eine Assimilation im Allgemeinen stattfindet,

„(...) wenn die individuellen Migranten die Sozialintegration in das Aufnahmeland intendieren, wenn ihnen das innerhalb des gegebenen Aufnahmekontextes möglich ist und wenn es keine für sie attraktivere verfügbare „ethnische“ Alternative gibt, wie etwa die Rückkehr in das Herkunftsland oder die Sozialintegration in die ethnische Gemeinde“ (Esser 2001: 25).

Resultierend aus seiner Theorie und einigen Prämissen, die Esser näher erläutert, ergeben sich für ihn folgende Vorschläge für eine erfolgreiche Integrationspolitik (vgl. Esser 2001: 68 ff.):

- (1) Befristungen, Rotationen oder die Perspektive auf eine Befristung des Aufenthaltes sind zu vermeiden.
- (2) Eine gute Ausbildung der (angeworbenen) Zuwanderer erleichtert die Sozialintegration, weshalb besonders darauf geachtet werden soll.
- (3) Trennungen von Familien bzw. PartnerIn sollen vermieden werden, wobei Kinder ein möglichst niedriges Einreisealter aufweisen sollten. Das Aufnahmeland soll bei der Anwerbung von Migranten deutlich machen, dass eine dauerhafte Verlagerung des Lebensmittelpunktes erwartet wird.
- (4) Sprachkurse sind grundsätzlich nützlich, der Schlüssel für strukturelle Assimilation liegt aber in alltäglichen interethnischen Kontakten.

(5) Altersmäßig spät eingereiste Kinder mit geringen Sprachkenntnissen sollen zwar selbstverständlich unterstützt werden, aber „leichte“ Auswege sind zu vermeiden. Es sollen keine Problemklassen entstehen. Weiters ist darauf zu achten, dass vor allem in Vor- und Grundschulen eine zu große ethnische Konzentration vermieden wird.

(6) Eine über alle parteipolitischen Interessen stehende, einhellige und glaubwürdige Stellungnahme von angesehenen Persönlichkeiten/Repräsentanten des Landes ist die wirksamste Maßnahme gegen soziale Distanzen.

(7) Alle Institutionen (Vereine, Organisationen, Kirchen) sollen gleichberechtigt gefördert werden, allerdings vor dem Hintergrund der individuellen und kulturellen Lebensgestaltung und nicht um ethnische Gruppen gesondert zu unterstützen.

(8) Die Säkularisierung in den Schulen ist ein weiterer wichtiger Punkt in Essers Maßnahmen für eine erfolgreiche Integrationspolitik. Er schlägt vor, statt des (nach Glaubensrichtungen getrennten) Religionsunterrichts einen (säkularisierten) Unterricht über Religion oder Ethik einzuführen.

(9) Regelmäßige Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft, um eine politische Beteiligung zu fördern und ein gewisses Maß an Identifikation zu schaffen.

2.3.4 Kritik

Heinz Fassmann (2006: 228) kritisiert, dass Essers Theorie die Heterogenität in den Strukturen von Gesellschaften vernachlässigt. Es gibt „die Aufnahmegesellschaft“ nicht, denn Einwanderer haben immer mit unterschiedlichen AkteurlInnen zu tun. Einmal handelt es sich um die Beziehung zwischen Institutionen und Einwanderern und dann um soziale Kontakte mit Personen. Es fehlen zusätzliche Ebenen und Aspekte wie zum Beispiel die Offenheit der Mehrheitsgesellschaft, xenophobe Tendenzen oder die kontextuellen Faktoren der Einwanderer (vgl. Reichel 2011: 91 f.). Heinz Fassmann (2006: 228 f.) hat Essers Dimensionen in drei Handlungsebenen aufgeteilt:

(1) Intrapersonelle Ebene: Fassmann spricht hier von den Beziehungen des Individuums zu sich selbst. Zuwanderer lernen also die Sprache und andere Fertigkeiten und Kompetenzen, um in (non)verbalen Kommunikationen zu bestehen, eignen sich Werte und Normen der Aufnahmegesellschaft an und entwickeln eine neue Identifikation.

(2) Interpersonelle Ebene: Die Relationen des Individuums mit anderen – also die Interaktion – lässt sich der sozialen Assimilation zuordnen. Es geht hierbei um intra- und interethnische Kontakte, den Aufbau von Netzwerken, das Schließen von Freundschaften und um Heiratsbeziehungen.

(3) Ebene Person-Institution: Auf der Ebene der strukturellen Dimension von Sozialintegration ergeben sich Beziehungen des Individuums mit gesellschaftlichen Institutionen. Zuwanderer müssen sich mit dem Wohnungs-, dem Arbeitsmarkt, aber auch mit dem Staat auseinandersetzen. Sie erhalten dafür Einkommen, Berufsprestige, Wohnraum, Status, Staatsbürgerschaft.

Diese Handlungsebenen sind natürlich nicht isoliert zu betrachten, sondern wirken aufeinander ein. So beeinflusst die Sprachbeherrschung sowohl die sozialen Interaktionen als auch die Platzierung auf dem Arbeitsmarkt, während Institutionen ihrerseits eine gewisse kulturelle Orientierung geben können, die wiederum auf der intrapersonellen Ebene Lernprozesse erfordert (vgl. Fassmann 2006: 9).

David Reichel (2011: 92) schlägt sogar vor, noch eine Ebene einzuführen, nämlich eine rein institutionelle, die sich mit den Interaktionen zwischen Organisationen des Einwandernden und Institutionen der Aufnahmegesellschaft befasst.

2.5 Das Pyramiden-Modell von Ager und Strang

Im Jahr 2004 entwickelten Alastair Ager und Alison Strang im Rahmen einer Studie über Integrationsindikatoren von Flüchtlingen im Vereinigten Königreich eine Integrationstheorie. Diese vom Home Office des Vereinten Königreichs in Auftrag gegebene Studie hatte zum Ziel, verschiedene Auffassungen von Integration zusammenzutragen, dann einen gemeinsamen Rahmen für Integration zu definieren, der für die Arbeit mit Flüchtlingen anwendbar ist und der bei lokalen Projekten und den politischen Entscheidungsträgern bei der Planung und Evaluierung von Dienstleistungen helfen soll (vgl. Ager und Strang 2004: 1). Im Folgenden möchte ich alternativ zu Essers teilweise sehr abstrakter Theorie und als Übergang zum nächsten Kapitel *Integration in der Politik* nun das breitere und praktischer ausgelegte Konzept von Ager und Strang (2004) vorstellen:

Ager und Strang entwickelten eine Pyramide, in denen zehn Integrationsindikatoren in vier Kategorien eingeteilt wurden. Wenngleich die Form und Benennung der Kategorien eine Hierarchie und einen Prozess von unten nach oben suggeriert, legen Ager und Strang Wert darauf zu betonen, dass zwischen den Kategorien und Bereichen ein komplexer Zusammenhang besteht und sie sich gegenseitig beeinflussen und bedingen. Die Pyramide kann sowohl von unten nach oben, als auch von oben nach unten „gelesen“ werden (vgl. Ager und Strang 2004: 4 f.), doch nun zu den einzelnen Kategorien (vgl. Ager und Strang 2004: 13 f. und Reichel 2011 89 f.):

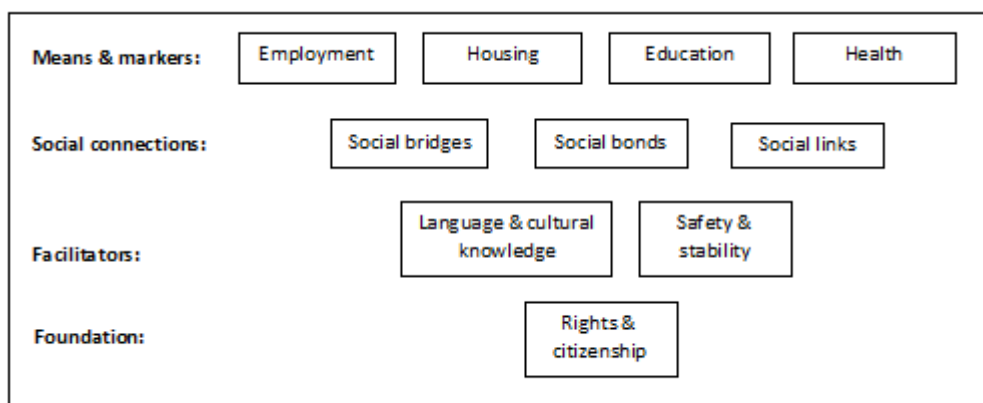
Die erste Kategorie **Mittel und Indikatoren** setzt sich aus den folgenden vier Bereichen zusammen: *Beschäftigung, Unterkunft, Bildung und Gesundheit*. Da die Pyramide von beiden Seiten aus zu lesen ist, sind diese Bereiche sowohl ein Indikator von Integration, als auch ein Mittel zu derselben.

Auch wenn durch diese Kategorie „gute“ oder „schlechte“ Integration öffentlich sichtbar wird, fehlt ein entscheidender Faktor, nämlich die Beziehungen zwischen den Menschen.

Die nächste Kategorie hat also die **sozialen Verbindungen** als Thema. Diese Kategorie gliedert sich wiederum in drei Bereiche. (1) *Soziale Brücken*, (2) *soziale Beziehungen* und (3) *soziale Verknüpfungen*. Bei den *sozialen Beziehungen* handelt es sich um Verbindungen innerhalb der Community mit denen sich die AkteurInnen identifizieren, während mit *sozialen Brücken* Verbindungen zu einer anderen Gruppe gemeint sind. Die *sozialen Verknüpfungen* hingegen stehen für die Verbindungen zu staatlichen Institutionen.

Kategorie drei kann mit **Unterstützer** übersetzt werden, David Reichel (2011: 90) verwendet den stärkeren Begriff „Vorantreiber“. Die Bereiche *Sprach- und Kulturkompetenzen* und *Sicherheit und Stabilität* sollen Integration fördern und beschleunigen. Es sei angemerkt, dass sich der positive Effekt nicht nur einstellt, wenn sich die Einwanderer die Sprache der Aufnahmegesellschaft und Kenntnisse über nationale und lokale kulturelle Werte, Normen, Lebens- und Verhaltensweisen aneignen, sondern auch umgekehrt Integration positiv beeinflusst. Rassismus und Angst vor Kriminalität hingegen sind Faktoren, die hemmend auf Integration wirken.

Die **Basis** der Pyramide bilden *Rechte und Staatsbürgerschaft*. Ager und Strangs Analyse ihrer Studie über Definitionen zu Integration zeigt, wie elementar die Auffassungen von Staatsbürgerschaft und Nationalität – und die damit verbundenen Rechte – beeinflussen, was als Integration begriffen wird.



Dar. 4: Integrationsindikatoren (Ager und Strang 2004: 3)

Ager und Strangs Rahmen läuft auf folgende Definition von Integration (vgl. Ager und Strang 2004: 5) hinaus:

Individuen oder Gruppen sind integriert, wenn...

- sie in den öffentlichen Bereichen, wie Beschäftigung, Unterkunft, Gesundheit und Bildung mit der Mehrheitsgesellschaft vergleichbare Resultate erreichen können.
- sowohl mit Mitgliedern einer (nationalen, ethnischen, kulturellen, religiösen oder anderen) Community, mit der sie sich selber identifizieren, als auch mit Mitgliedern einer anderen Gemeinschaft soziale Beziehungen existieren. Darüber hinaus sollen sie sich auch mit relevanten Dienstleistungen und Funktionen des Staates verbunden fühlen.
- sie über ausreichende sprachliche Kompetenzen, kulturelles Wissen und ein Gefühl von Sicherheit und Stabilität verfügen, um sich selbstbewusst und mit übereinstimmender Auffassung von Nationalität und Staatsbürgerschaft in die Gesellschaft einbringen zu können.

Ob ein Integrationsmodell „gut“ oder „schlecht“ ist, ist eine wertende Kategorie und vom jeweiligen (politischen) Standpunkt aus abhängig (vgl. Fassman, Stacher, Strasser 2003: 13).

Diese Konzepte sind analytische Modelle und beinhalten (noch) keine Wertung. Dennoch werden in der Diskussion rund um Integration normative Aussagen gemacht. Fassmann spricht davon, dass die Zielperspektiven der Migrations- und Integrationspolitik – ganz allgemein in einigen europäischen Staaten, im Besonderen aber in Österreich – nicht klar formuliert sind. Er hält das aber für sehr wichtig, denn ohne eine (gemeinsame) Zielvorstellung steht es den Betrachtern frei, ihre eigenen Bewertungen zu einer allgemeingültigen Aussage mit wissenschaftlichem Anstrich zu machen (vgl. Fassmann 2006: 235). Auch Esser (2001: 71) spricht davon, dass die wirksamste Maßnahme gegen soziale Distanzen eine glaubwürdige und einhellige Position über die parteipolitischen Grenzen hinweg ist.

3 Integration in der Politik

Auch in der politischen Debatte steht hinter dem oft gebrauchten Begriff kein einheitliches Konzept:

Einerseits bezieht sich die Debatte auf „die Kultur“ und in diesem Kontext wird unter erfolgreicher Integration eine erfolgreiche Anpassung an die Kultur und die Werte der Aufnahmegesellschaft verstanden. Für eine nicht erfolgreiche Integration sind jene verantwortlich, die sich nicht anpassen (wollen) (vgl. Perchinig 2010: 18).

Dazu ist einerseits anzumerken, dass es eine Vorleistung und eine Bereitschaft zur Aufnahme und Integration des Aufnahmelandes geben muss. Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny hat dies bereits treffend bemerkt:

„Wenn also von den Gastarbeitern verlangt wird, sie sollten sich als erstes den Bräuchen, Gewohnheiten und Sitten des Einwanderungslandes anpassen, ehe man weitersehen könne (...), so ist dagegen aus soziologischer Sicht einzuwenden, daß Assimilationsbereitschaft und Assimilation der Gastarbeiter primär eine Funktion der Integrationsbereitschaft des aufnehmenden Landes sind. Wenn aber (...) die Gastarbeiter in den Einwanderungsländern am Rande der Gesellschaft fixiert werden, dann ist auch nicht zu erwarten, daß sie besondere Anstrengungen zur Teilhabe an der Kultur des Einwanderungslandes auf sich nehmen“
(Hoffmann-Nowotny 1987: 61 f. zit. nach Treibel 2003: 137).

Andererseits zieht dieses Verständnis von Integration als Assimilation nach sich, dass eine einheitliche Kultur der Bevölkerung als Idealbild gesehen wird, und soziokulturelle Vielfalt demnach als Problem wahrgenommen wird. Eine kulturell homogene Gesellschaft soll sich auch mit einer gemeinsamen Sprache verständigen und so dienen (verpflichtende) Sprachkurse als Instrument der Integrationspolitik. In diesem Diskurs sieht Perchinig (2010: 18) zwei Rollen für die MigrantInnen:

Einerseits befinden sie sich in der Rolle eines Kindes, dem noch das nötige Wissen fehlt um in einer Gesellschaft überlebensfähig zu sein, und andererseits sind sie in der Rolle eines Opfers, das es von seiner Kultur zu befreien gilt.

Die andere Seite der Debatte dreht sich um die sozioökonomischen Strukturen. Hier wird erfolgreiche Integration mit sozialem Aufstieg gleichgesetzt und die Schuld der nicht erfolgreichen Integration liegt an der Gesellschaft. Hier wird wieder das Bild „MigrantIn als Opfer“ gezeichnet, ein Opfer der diskriminierenden Strukturen, das nicht zu eigenem Handeln fähig ist.

Perchinig sieht zwar den Spracherwerb als einen wichtigen Teil um erfolgreichen Zugang zu Arbeitsmarkt, Bildung und mittleren und höheren Berufspositionen zu erlangen, aber als wesentlicheren Teil erachtet er die Erhöhung der politischen Partizipation (vgl. Perchinig 2010: 19 f.).

Bereits im Jahr 2003 hat Bernhard Perchinig (2003a: 9 f.) Integrationspolitik anhand eines Dreiecks dargestellt, deren Eckpunkte rechtliche Gleichstellung, Chancengleichheit und kulturelle Vielfalt/Diversität darstellen. Diese drei Grundpfeiler finden sich in Essers und Fassmanns strukturelle Ebene der Sozialintegration wieder.

In Bezug auf die *rechtliche Gleichstellung* sieht er folgende Punkte als wesentliche Beurteilungskriterien der Integrationspolitik (rechtliche Ebene):

- die Gleichheit vor dem Gesetz
- der Grad der Aufenthaltssicherheit
- die Regelung des Familiennachzugs
- der Zugang zum Arbeits- und Wohnungsmarkt, zum Bildungssystem und zu wohlfahrtsstaatlichen Leistungen
- die politischen Partizipationschancen
- die kulturellen Rechte
- die Einbürgerungsregeln

Im Bereich „*Chancengleichheit*“ (sozioökonomische und politische Ebene):

- die reale Aufenthaltssicherheit
- die Positionierung von Zuwanderern am Arbeits- und Wohnungsmarkt, im Bildungssystem und den Gütermärkten
- die reale politische Partizipation
- vom Staat gesetzte Aktivitäten zur Diskriminierungsbekämpfung

und in Bezug auf die *kulturelle Vielfalt* ergeben sich (soziokulturelle Ebene):

- Mehrsprachigkeit und interkultureller Unterricht in Bildungseinrichtungen,
- öffentliche Anerkennung der Feiertage und religiöser Ernährungsvorschriften von MigrantInnen,
- Mehrsprachigkeit in der Verwaltung,
- Maßnahmen gegen Diskriminierung aufgrund des Einhaltens von Kleidungsvorschriften und
- kultursensibles Betreuungsangebot in sozialen Einrichtungen

als Kriterien.

3.1 Europäische Union

Einwanderungspolitik ist durch die Schaffung eines europäischen Raumes, in dem für EU-BürgerInnen Bewegungsfreiheit herrscht, nicht mehr alleinige Sache der Nationalstaaten, sondern erfordert eine Konsensfindung in der Migrations-, Asyl- und Integrationspolitik.

Seit 1986 gibt es im Europarat eine eigene Arbeitsgruppe zum Thema „Einwanderung“ und im Jahr 2004 wurden vom Rat für Justiz und Inneres für die Integrationspolitik von Einwanderern in der EU folgende gemeinsamen Grundprinzipien beschlossen, die man nun auf der Europäischen Webseite für In-

tegration findet und auf denen die EU-Initiativen im Bereich der Integration basieren:

- Integration ist ein dynamischer, in beide Richtungen gehender Prozess des gegenseitigen Entgegenkommens aller Einwanderer und aller in den Mitgliedstaaten ansässigen Personen.
- Die Eingliederung erfordert die Achtung der Grundwerte der Europäischen Union.
- Die Beschäftigung ist eine wesentliche Komponente des Eingliederungsprozesses und ist für die Teilhabe von Einwanderern, für ihren Beitrag zur Gestaltung der Aufnahmegesellschaft und für die Verdeutlichung dieses Beitrags von zentraler Bedeutung.
- Grundkenntnisse der Sprache, Geschichte und Institutionen der Aufnahmegesellschaft sind eine notwendige Voraussetzung für die Eingliederung; Einwanderer können nur dann erfolgreich integriert werden, wenn sie die Möglichkeit erhalten, diese Grundkenntnisse zu erwerben.
- Im Bildungswesen müssen Anstrengungen unternommen werden, um Einwanderer und vor allem auch deren Nachkommen zu einer erfolgreichereren und aktiveren Teilhabe an der Gesellschaft zu befähigen.
- Entscheidende Voraussetzung für eine bessere Integration ist, dass Einwanderer zu denselben Bedingungen wie Einheimische gleichberechtigt Zugang zu den Institutionen sowie zu öffentlichen und privaten Gütern und Dienstleistungen erhalten.
- Ein wichtiger Integrationsmechanismus sind häufige Begegnungen zwischen Einwanderern und Bürgern der Mitgliedstaaten. Diese können durch gemeinsame Foren, durch interkulturellen Dialog, durch Aufklärung über die Einwanderer und ihre Kultur sowie durch integrationsfreundliche Lebensbedingungen in den Städten gefördert werden.
- Die Europäische Grundrechtecharta garantiert die Achtung der Vielfalt der Kulturen und das Recht auf freie Religionsausübung, sofern dem nicht andere unverletzliche europäische Rechte oder einzelstaatliches Recht entgegenstehen.

- Durch die Beteiligung von Einwanderern am demokratischen Prozess und an der Konzipierung integrationspolitischer Maßnahmen, insbesondere auf lokaler Ebene, wird ihre Integration unterstützt.
- Die Einbeziehung von Integrationsmaßnahmen in alle wichtigen politischen Ressorts und auf allen Ebenen der öffentlichen Verwaltung und der öffentlichen Dienste ist ein wichtiger Gesichtspunkt bei der Gestaltung und der Durchführung der jeweiligen Politik.
- Es bedarf klarer Ziele, Indikatoren und Evaluierungsmechanismen, damit die Maßnahmen angepasst, die Integrationsfortschritte bewertet und die Informationsflüsse effizienter gestaltet werden können.

(Europäischer Rat für Justiz und Inneres 2004)

Die Instrumente der europäischen Einwanderungspolitik sind vor allem in finanzieller Unterstützung von Integrationsmaßnahmen durch Förderprogramme zu finden. Positive Nebeneffekte dieser Förderprogramme sind die Ausbildung von ExpertInnen und der Erfahrungsaustausch zwischen den Ländern (vgl. Gruber 2010: 51 f.).

In den Jahren 1994 bis 2000 wurden die Programme URBAN I und II mit dem Hauptaugenmerk auf die Herausforderungen in Ballungsräumen und Städten durchgeführt. Ziel dieser Programme war klarerweise eine Verbesserung der Situation zu bewirken, wobei vor allem an Verbesserungen in folgenden Bereichen gearbeitet wurde: einfacherer Zugang zu Arbeit, Bildung und Wohnungsmarkt, Eingliederung von migrantischen Gemeinschaften, Reduktion von Kriminalitätsproblemen und Schulabbrüchen (vgl. Europäische Kommission 2003: 6 ff.).

Hauptthema der Initiative EQUAL, deren Programme von 2001 bis 2008 durchgeführt wurden, war die Bekämpfung von Diskriminierungen am Arbeitsmarkt. Es wurden innovative Ansätze in Sachen Gleichstellung, Bekämpfung von Rassismus, Lebenslanges Lernen, Eingliederung von AsylantInnen ausgearbeitet und ausprobiert. Auch in Niederösterreich wurde in den Jahren 2002-2005 ein EQUAL-Projekt unter dem Titel „Verschiedene Herkunft – gemeinsame Zukunft. Strategien und Maßnahmen gegen Rassismus und Frem-

denfeindlichkeit“ durchgeführt. Im Rahmen dieses Projekts wurden zuerst Erhebungen angestellt um den Status Quo der niederösterreichischen Integrationspolitik, der Probleme und Bedürfnisse zu ermitteln. Durch dieses Projekt wurde eine Fachstelle für Integration auf Landesebene eingerichtet und es entstanden Integrationsleitbilder der teilnehmenden Kommunen (vgl. Bischof, Halbmayr, Lercher, Liegl 2007: 169 ff.).

Durch das Förderprogramm INTI (vgl. Gruber 2010: 52) im Jahr 2004 wurde der Europäische Fonds für Integration durch Drittstaatsangehörige gebildet.

Im Juli 2011 hat die Europäische Kommission die „Europäische Agenda für die Integration von Drittstaatsangehörigen“ vorgelegt, mit dem Ziel die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Vorteile der Migration in Europa besser zu nutzen. In dieser Mitteilung wird dargelegt, dass Integration eine kollektive Aufgabe ist und dass, auch wenn je nach nationaler und örtlicher Gegebenheit für eine Integrations-herausforderung eine Lösung gefunden werden muss, es von großem Vorteil für alle Mitgliedsstaaten ist, ihre Erfahrungen miteinander zu teilen. Die EU darf keine Integrationsstrategien vorgeben, aber sie kann einen Rahmen für Monitoring, Vergleich und Austausch und finanzielle Anreize schaffen (vgl. 2011: 5). In der Agenda werden konkrete Empfehlungen für Integrationsmaßnahmen zu folgenden Schwerpunkten (2011: 8 ff.) vorgeschlagen:

Integration durch Partizipation

- Angebot an Sprach- und Staatsbürgerkurse, die auf die Bedürfnisse der Zuwanderer zugeschnitten sind, damit ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit gefördert wird
- Validierung der Qualifikationen und Berufserfahrung
- aktive Arbeitsmarktmaßnahmen, um Zuwanderer am Arbeitsmarkt besser und stärker zu integrieren
- Schulung von Lehrkräften und Schulleitern im Umgang mit Vielfalt, Einstellen von Lehrkräften mit Migrationshintergrund

- Maßnahmen zur Gewährung des Gleichbehandlungsgrundsatzes und zur Prävention von Diskriminierungen
- MigrantInnen sollen sich am politischen Prozess beteiligen können, daher müssen Anstrengungen unternommen werden, um Hindernisse zu beseitigen.

Verstärktes Handeln auf lokaler Ebene

- Entwicklung und Umsetzung umfassender Integrationsstrategien unter Einbeziehung aller Akteure nach dem Bottom-up-Konzept.

Einbeziehung der Herkunftsländer

- präventive Maßnahmen, um den MigrantInnen die Integration zu erleichtern, zum Beispiel bessere Verfahren für die Anerkennung von Qualifikationen.

Birsl erkennt auf Seiten der Mitgliedsstaaten einerseits eine Politik der externen Öffnung, allerdings wird diese begleitet von einer Politik der internen Schließung. In Österreich rangiert auch die externe Schließung international gesehen auf den letzten Plätzen. Während EU-BürgerInnen viele rechtliche Vorteile besitzen, haben Drittstaatsangehörige nur eingeschränkten oder gar keinen Zugang zu Notstandshilfe, Familienbeihilfe, Sozialhilfe, Gemeindewohnungen und zum Kommunalwahlrecht (vgl. Gruber 2010: 53).

„Nicht vergessen werden darf, dass mit der Integration von „Zugewanderten“ und Menschen mit Migrationshintergrund von der EU vor allem das Ziel verfolgt wird, ihr Produktivitätsniveau so rasch und umfangreich wie möglich zu nützen. Schlecht ausgebildete Menschen mit Sprachproblemen sind für die EU nicht verwertbar. Viel mehr noch: Sie behindern das Erreichen des Lissabon-Zieles und gefährden auf lange Sicht die Wettbewerbsfähigkeit Europas“ (Gruber 2010: 53).

3.2 Situation in Österreich

In Österreich war die Aufnahmebereitschaft von Einwanderern immer vor allem abhängig von der aktuellen Wirtschaftslage. Trotz den Arbeitskräfteanwerbungen ab den 1960er Jahren betonte Österreich immer kein Einwanderungsland zu sein und so war das Thema „Integration“ lange Zeit weder von politischem noch von öffentlichem Interesse.

Erst durch die Öffnung der Ostgrenzen in den Jahren 1989/1990 begann eine emotional geführte öffentliche Diskussion zur „Ausländerfrage“ und führte Anfang der 1990er Jahre zu einer Asylreform, die Restriktionen in der Neuzuwanderung beinhaltete. Die Ausländerpolitik war nun nicht mehr Sache des Sozialministeriums, sondern wurde in das Innenministerium verlagert. Die Diskussion der Parteien um die „Ausländerfrage“ war gekennzeichnet von fremdenfeindlichen Stereotypen. Auch wenn dahinter nicht unbedingt ausländerfeindliche Motive standen, wurde der Diskurs genutzt, um für die folgenden Nationalratswahlen auf Stimmenfang zu gehen.

Die Verschärfung des Fremdenrechts brachte eine Festsetzung von Zuwanderungsquoten, die Beantragung eines Aufenthaltstitels und den Nachweis einer „ortsüblichen Unterkunft“ für die Verlängerung des Aufenthaltstitels.

Der von der FPÖ verfolgte aggressive Kurs gegen Zuwanderung und Integration brachte keinen Erfolg beim Anti-Ausländervolksbegehren „Österreich zuerst“ und führte zu der Abspaltung des Liberalen Forums.

Unter Innenminister Karl Schlögl wurde 1997 ein neues Fremdengesetz beschlossen, die Zuwanderungsquote wurde weiter reduziert, Familiennachzug begrenzt, das Alter für den Nachzug bei Kindern weiter gesenkt und die Mitwirkungspflicht für AsylwerberInnen beim Asylverfahren verschärft.

Im Jahr 2000 und mit der Bildung der Koalitionsregierung zwischen ÖVP und FPÖ wurde in der Diskussion um Einwanderung vor allem der sicherheitspolitische Aspekt stark betont. Die Zuwanderungsquoten wurden weiter gesenkt und die Neu-Zuwanderung wurde auf Schlüsselkräfte beschränkt. Weitere

Neuerung war der „Niederlassungsnachweis“, der den Zugang zum Arbeitsmarkt für langansässige AusländerInnen erleichtert, und die im Jahr 2002 erlassene „Integrationsvereinbarung“, die dazu verpflichtet Deutsch zu lernen.

Das viel diskutierte und schwer umstrittene Fremdenrechtspaket 2005 war Antwort der ÖVP-FPÖ/BZÖ-Regierung auf das Unsicherheitsempfinden der Bevölkerung.

Wesentliche Neuerungen im Asylgesetz waren die Möglichkeit der Asylbehörde den Betroffenen zu prognostizieren, ob Asyl oder subsidiärer Schutz gewährt werden wird, die flexiblere Handhabung der Schubhaft und strengere Strafen für Schlepperei, Scheinehe und -adoption. Außerdem wurde der Vorgänger durch die „Integrationsvereinbarung Neu“ verschärft. Neuerungen im Ausländerbeschäftigungsgesetz brachten eine strengere Politik für Neuzuwanderungen, aber Verbesserungen für Personen, die bereits eine Erlaubnis zur Zuwanderung nach Österreich hatten. Der Zugang zum Arbeitsmarkt wurde für Familienangehörige erleichtert, eine Betreuung durch das Arbeitsmarktservice wurde eingerichtet. Die Änderungen im Staatsbürgerschaftsgesetz, die für die Verleihung der Staatsbürgerschaft nun ein höheres Niveau an Deutsch und Grundkenntnissen der demokratischen Ordnung und der Geschichte Österreichs und des betreffenden Bundeslandes verlangt, macht jedoch die restriktive Haltung Österreichs neuen Staatsbürgern gegenüber deutlich (Gruber 2010: 56 ff.).

Im folgenden Exkurs möchte ich kurz die Regelungen zur Staatsbürgerschaft festhalten:

3.2.1 Staatsbürgerschaft

Fessler et al. (2006: 34-37, zitiert nach Reichel 2011: 38 f.) stellen im aktuell geltenden Staatsbürgerschaft fünf Prinzipien fest:

Das vorherrschende Staatsangehörigkeitsrecht folgt in Österreich dem *Abstammungsprinzip* (*ius sanguinis*). Im Gegensatz zu *ius solis*, bei dem die Staatsbürgerschaft vom Ort der Geburt abhängig ist, erhalten in Österreich die Kinder die Staatsbürgerschaft der Eltern bzw. eines Elternteils.

Aufgrund des Prinzips *Vermeidung der Staatenlosigkeit* haben Staatenlose unter bestimmten Bedingungen und Findelkinder oder im Staatsgebiet geborene Personen, wenn die Staatsbürgerschaft vermutet wird, Anspruch auf die österreichische Staatsbürgerschaft.

Die *Vermeidung mehrfacher Staatsangehörigkeit* impliziert, dass Personen zugunsten der österreichischen auf ihre bisherige Staatsbürgerschaft verzichten. Wie auch beim zweiten Prinzip, kann dieser Grundsatz durch Ausnahmen durchbrochen werden.

Das *Prinzip der Privatautonomie* zeigt sich in der Tatsache, dass EhegattInnen einer Person mit österreichischer Staatsbürgerschaft ihre rechtlichen Beziehungen nach freiem Willen gestalten können und nicht automatisch auch die österreichische Staatsbürgerschaft erwerben.

Während das *Prinzip der Familieneinheit* darauf abzielt, dass alle Mitglieder der Kernfamilie ein und dieselbe Staatsbürgerschaft besitzen.

Daraus ergeben sich zwei Arten des Staatsbürgerschaftserwerbs:

- bei der Geburt

Da das österreichische Staatsbürgerschaftsrecht sehr stark auf dem Grundsatz der Abstammung basiert, bedeutet das, dass sich Österreich demnach nicht als Einwanderungsland begreift. Kinder von ÖsterreicherInnen, die im Ausland geboren werden, erhalten die österreichische Staatsbürgerschaft, wohingegen Kinder von ausländischen StaatsbürgerInnen, die in Österreich auf die Welt kommen die Staatsbürgerschaft nicht bekommen, ganz egal wie lange die Eltern schon in Österreich leben. Dennoch existiert die Chance auf eine Verleihung der Staatsbürgerschaft (vgl. Reichel 2011: 40).

Die Verleihung ist allerdings an viele Auflagen gekoppelt und wird nicht als Voraussetzung für eine gelungene Integration herangezogen, sondern als Resultat des Integrationsprozesses:

- nach der Geburt (Einbürgerungen)

Um eine österreichische Staatsbürgerschaft verliehen zu bekommen, müssen folgende Voraussetzungen erfüllt werden:

- Mindestens zehnjähriger rechtmäßiger und ununterbrochener Aufenthalt in Österreich, wobei für mindestens fünf Jahre davon eine Niederlassungsbewilligung vorliegen muss. Die Aufenthaltsdauer kann unter Umständen verkürzt werden und nach 15 bzw. 30 Jahren besteht ein Anspruch auf die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft.
- Unbescholtenheit
- gesicherter Lebensunterhalt
- Deutschkenntnisse und Grundkenntnisse der demokratischen Ordnung, der Geschichte Österreichs und des jeweiligen Bundeslandes
- Bejahende Einstellung zur Republik Österreich
- kein bestehendes Aufenthaltsverbot
- keine Rückkehrentscheidung
- keine Rückführungsentscheidung
- keine Ausweisung
- kein Naheverhältnis zu einer extremistischen oder terroristischen Gruppierung
- Verlust der bisherigen Staatsbürgerschaft
- internationale Beziehungen und die Interessen der Republik Österreich dürfen nicht geschädigt werden.

(vgl. Reichel 2011: 40 f.)

Diese Auflagen, allen voran der Nachweis der deutschen Sprache und Grundkenntnisse der demokratischen Ordnung sowie der Geschichte Österreichs und des jeweiligen Bundeslandes, sprechen dafür, dass im politischen und alltäglichen Diskurs Integration als Synonym für Assimilation und nicht als zweiseitiger Prozess, indem MigrantInnen und Gastland involviert sind, verstanden wird (vgl. Bauböck 2001: 27).

Auch die Neuerungen der Integrationsvereinbarung stimmen mit der Annahme, dass Integration als subjektive Leistung der MigrantInnen verstanden wird, überein.

Im Jahr 2010 entwickelten die betroffenen Bundesministerien, alle Bundesländer, der Städte- bzw. Gemeindebund, die Sozialpartner, die Industriellenvereinigung sowie Organisationen der Zivilgesellschaft in Zusammenarbeit mit nationalen und internationalen ExpertInnen, MigrantInnenorganisationen und BürgerInnen einen Nationalen Aktionsplan (NAP) für Integration entwickelt, mit dem Ziel

„(...)die Maßnahmen für erfolgreiche Integration von Bund, Ländern, Städten, Gemeinden, Sozialpartnern und zivilgesellschaftlichen Organisationen zu optimieren, zu bündeln und systematisch weiterentwickeln. Der Nationale Aktionsplan ist kein Schlusspunkt, sondern versteht sich als ein Prozess, in dem laufend auf neue Herausforderungen reagiert wird, gemeinsam mit allen relevanten staatlichen Institutionen und auf allen Ebenen, mit dem Ziel der nachhaltigen Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts“ (BMI 2010: 3).

Um auf die Herausforderungen in genügendem Maße eingehen zu können, wurde im April 2011 das lange geforderte Staatssekretariat für Integration eingerichtet. Die Verortung im Bundesministerium für Inneres und die Ernennung von Sebastian Kurz, einem Jungpolitiker ohne integrationspolitische Erfahrung, zum Staatssekretär löste zahlreiche Diskussionen aus.

Die klare Trennung zu den Bereichen Asyl und Zuwanderung für die sich der Staatssekretär ausspricht, bringt allerdings Probleme mit sich: Da Einwanderungsgesetze und Regelungen zum Aufenthalt und den damit verknüpften Partizipationsmöglichkeiten, vor allem im Bereich des Arbeitsmarktes bereits im Vorfeld Grenzen für die Integration feststecken, sollten sie daher auch im Staatssekretariat für Integration Thema sein (vgl. Rosenberger 2012: 5).

Positiv festzuhalten ist, dass Sebastian Kurz sehr eng mit einem unabhängigen Expertenrat für Integration zusammenarbeitet und den Erkenntnissen aus der Wissenschaft damit einen ungewöhnlich hohen Stellenwert im Vergleich zu anderen Regierungsstellen einräumt.

Aus dem Nationalen Aktionsplan für Integration wurde im Jahr 2011 ein 20-Punkte-Programm vom Expertenrat für Integration entwickelt, der umsetzbare Vorschläge für die kommenden Jahre von prioritären Maßnahmen im integrationspolitischen Bereich bringt. Diese Handlungsfelder betreffen die Bereiche Sprache und Bildung, Arbeit und Beruf, Rechtsstaat und Werte, Gesundheit und Soziales, Interkultureller Dialog, Sport und Freizeit und Wohnen und die regionale Dimensionen der Integration (vgl. BMI 2011: 12 ff.).

Die genauen Maßnahmen hier vorzustellen, würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen und da ich in meiner Arbeit vor allem auf Integration im ländlichen Gebiet eingehen möchte, werde ich im folgenden Teil Handlungsfelder und konkrete Maßnahmen für die Kommunalpolitik Österreichs näher erläutern. Der 20-Punkte-Plan von Heinz Fassmann steht zum Nachlesen auf der Homepage des Bundesministeriums für Inneres bereit. Ich möchte noch kurz auf die aktuellen Entwicklungen und Aussagen des Expertenrates im Integrationsbericht 2012 eingehen.

Das 20-Punkte-Programm, das 2011 von einem unabhängigen Expertenrat unter der Leitung von Heinz Fassmann vorgestellt wurde, trägt laut Integrationsbericht 2012 die ersten Früchte. Heinz Fassmann spricht von einem wandelnden Stimmungsbild in Österreich: Waren 2010 noch 69 % der Befragten der Meinung, dass die Integration von MigrantInnen eher schlecht oder sehr

schlecht funktioniert, so hat sich dieser Wert bis 2012 auf rund 56 % reduziert (vgl. BMI 2012b: 8).

Staatssekretär Kurz kündigte an, weitere Maßnahmen, vor allem in der sprachlichen (Früh-)Förderung und Bildung junger MigrantInnen zu setzen. Dieses Jahr soll noch eine Rot-Weiß-Rot-Fibel herauskommen, die österreichische Werte vermitteln will und so auf das Zusammenleben vorbereitet.

Kritik kommt von den Grünen und der Menschenrechtsorganisation SOS Menschen, die vor allem neue Maßnahmen vermissen und die Verortung im Bundesministerium für Inneres nicht gutheißen. Gefordert werden konkrete Maßnahmen für mehr Chancengleichheit am Arbeits- und Wohnungsmarkt (vgl. derStandard.at 2012)

3.3 Integration auf kommunaler Ebene

Aufgrund einer im Vergleich zu anderen europäischen Ländern geringen Urbanisierung Österreichs, dem Fremdenverkehr und der am Land angesiedelten Industrie passiert in Österreich Integration nicht nur in den Städten: Nur die Hälfte der Einwanderer lebt in Städten mit einer Bevölkerung von mehr als 100.000 EinwohnerInnen. Etwa ein Sechstel lebt in Kleinstädten (EinwohnerInnen zwischen 10.000 und 100.000) und ungefähr ein Drittel in Gemeinden mit weniger als 10.000 BewohnerInnen. Ein nicht zu verachtender Teil davon lebt in Gemeinden mit weniger als 2.500 Einwohnern (vgl. Perchinig 2003b: 22).

In meinem Beispiel geht es um einen Ort mit 463 EinwohnerInnen, davon haben 21 BewohnerInnen nicht die österreichische Staatsbürgerschaft, das sind ungefähr 4,5 Prozent.

Diese Zahlen sprechen dafür, dass Integrationspolitik nicht nur Aufgabe des Zentralstaates ist, sondern ganz konkret in den Gemeinden stattfinden muss. In der Gemeinde, die formal gesehen kleinste Einheit des politischen Systems, sind Integrationserfolge und –misserfolge spürbar und es ist die Ebene, mit der

sich die BürgerInnen am ehesten identifizieren können, sie bietet die Möglichkeit für Mitbestimmung und Partizipation (vgl. Gruber 2010: 83).

3.3.1 Handlungsfelder kommunaler Integrationspolitik

3.3.1.1 Politische Mitbestimmung

Es ist nicht nur Aufgabe des Zentralstaates Integrationspolitik zu betreiben, denn das Zusammenleben spielt sich ganz konkret in Städten und Kommunen ab, daher müssen auch die Gemeinden dazu beitragen, dass Integrationspolitik als selbstverständlich und positiv angesehen wird.

Es ist mehr als widersprüchlich „ (...) *von Menschen Verantwortung gegenüber der Gesellschaft zu erwarten ohne ihnen die Möglichkeit einzuräumen, sich an Entscheidungsprozessen beteiligen und ihre Umwelt politisch mitgestalten zu können.*“ (Udeani, 2003: 59)

Chibueze Udeani (2003: 59 f.) sieht in folgenden Punkten wichtigen Handlungsbedarf um die ausländische Bevölkerung nicht an einer aktiven Teilnahme am sozialpolitischen System zu hindern:

Kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-BürgerInnen

In einigen europäischen Ländern wurde EU-BürgerInnen bereits das uneingeschränkte kommunale Wahlrecht gewährt und auch Nicht-EU-BürgerInnen dürfen das aktive und passive kommunale Wahlrecht ausführen, wenn sie über eine Mindestaufenthaltsdauer von drei bis fünf Jahren verfügen.

Ausländerbeiräte und –foren

Diese Einrichtungen gibt es bereit in vielen österreichischen Gemeinden, sie sollen aber nicht als Ersatz für das kommunale Wahlrecht gesehen werden. Diese Einrichtungen brauchen mehr Rechte und politische Kompetenz um ernst genommen zu werden.

Themenspezifische MigrantInnenbeiräte als Mittel der Politikberatung und -entwicklung

Um die Interessen von verschiedenen Gruppen zu kommunizieren und sie bei Entscheidungsfindungen partizipieren zu lassen werden RepräsentantInnen, wie zum Beispiel Jugendbeirat, Gesundheitsbeirat oder Seniorenbeirat eingesetzt. Qualifizierte Personen aus den MigrantInnen-Communities, die auch die Chance erhalten auf die Planungsprozesse Einfluss zu nehmen, wären eine gute Möglichkeit Minderheiten am politischen Geschehen teilhaben zu lassen.

Förderung der Repräsentation von MigrantInnen in Vereinen und Interessensvertretungen

In Österreich gibt es unzählige Vereine, die wichtige Aufgaben im Sozial-, Bildungs- und Kulturbereich übernehmen. Auch wenn es viele Vereine von MigrantInnen gibt, erfordert es noch aktive Arbeit der Gemeinden um MigrantInnen in die „alteingesessenen“ Vereine einzubinden.

Festlegung von „Equality Targets“/Gleichstellungszielen in den Parteien

Um eine Veränderung der geringen Beteiligung von Minderheiten und MigrantInnen in Parteien und Vereinen herbeizuführen, wäre das Festsetzen von „Equality Targets“ eine gute Verfahrensweise. Die Parteien und Verbände müssen so selbst aktiv werden um diese Ziele zu erreichen.

3.3.1.2 Öffentliche Verwaltung

Die öffentlichen Dienstleistungen müssen sich an den Bedürfnissen und Anforderungen der KundInnen orientieren. Ungenügenden Deutschkenntnissen, gegenseitigen Vorurteilen und Alltagsrassismen muss vorgebeugt werden. Zuwanderung macht spezielle Angebote notwendig und Personen mit Migrationshintergrund haben oft nur wenig Vertrauen in die Verwaltung. Folgende Maßnahmen fasst Marika Gruber (2010: 100 f.) für eine interkulturelle Öffnung der Verwaltung zusammen:

Interkulturelle Orientierung

Schaffung eines interkulturellen Leitbildes, das den politischen Willen zur Integration zeigt und hinter dem MitarbeiterInnen bis hin zur Führungsebene stehen.

Öffnung der Regelversorgung

Es muss sichergestellt werden, dass alle MitbürgerInnen Zugang zu den Dienstleistungen erhalten. Das kann durch mehrsprachige Broschüren und einem Angebot von Übersetzungs- und Dolmetschdiensten gewährleistet werden.

Interkulturelles Personalmanagement

- Schulungen in den Bereichen: interkulturelle Kompetenz, Sensibilisierung für fremde Kulturen, rechtliche Fragen zu Nicht-Diskriminierung und Diversity Management
- interkulturelle Kompetenz als Anforderungsprofil für Neueinstellungen
- Ausbildung von MultiplikatorInnen
- Einstellung von MitarbeiterInnen mit Migrationshintergrund auf allen Ebenen

Schaffung einer Koordinierungsstelle bzw. zentralen Anlaufstelle

zum Beispiel in Form eines Integrationsbüros, das Projekte koordiniert und Kooperationspartner vernetzt.

3.3.1.3 Sprache und Bildung

Kindergarten

Oft bedeutet der Eintritt in den Kindergarten die erste Konfrontation mit dem österreichischen Erziehungs- und Bildungssystem. Hier kann der Grundstein für die weitere schulische Laufbahn des Kindes gelegt werden.

Das Kindergartenteam muss Unterstützung von interkulturellen und muttersprachlichen MitarbeiterInnen erhalten, um die Mehrsprachigkeit und das

Selbstwertgefühl der Kinder zu fördern, um Familien mit Migrationshintergrund besser einbinden zu können und um zusätzliches Wissen in die bestehenden Teams zu bringen.

Das Kindergartenteam muss mit Fort- und Weiterbildungen auf die interkulturelle Erziehungsaufgabe vorbereitet werden.

Auch eine engere Zusammenarbeit mit den Eltern und der Familie unterstützt die interkulturelle Pädagogik.

Mehrsprachigkeit, die Vielfalt an Traditionen und Ritualen soll als Ressource genutzt werden und als Chance gesehen werden, den Horizont aller Kinder, Familien und MitarbeiterInnen zu erweitern (vgl. Zwicklhuber 2003: 40 ff.).

Schule

Kulturelle und sprachliche Vielfalt ist längst Alltag in den Klassenzimmern, trotzdem zeigen die gesetzten Maßnahmen noch erhebliche Schwächen. Es mangelt in der Schule, wie auch bereits im Kindergarten an Mitteln und an der Umsetzung. Wie bereits im Kindergarten soll Interkulturelles Lernen sinnvoll stattfinden, der muttersprachliche Unterricht muss ausgebaut werden. Die Muttersprache ist wichtig für die Persönlichkeitsentwicklung und den weiteren Fremdsprachenerwerb der Kinder. Eltern und Schule müssen zusammenarbeiten, hier, wie auch im Unterricht können und sollen LehrerInnen mit nicht-deutscher Muttersprache eingesetzt werden. LehrerInnen müssen mittels Fort- und Weiterbildung für die interkulturelle Erziehungsaufgabe geschult werden (vgl. Kalayci 2003: 44 ff.).

Erwachsenenbildung

In diesem Bereich sind in den letzten Jahren vor allem die „Mama lernt Deutsch“-Kurse bekannt geworden, in denen nicht nur Deutsch gelehrt wird, sondern darüber auch Orientierung in der Stadt und deren Institutionen geboten wird, im Besonderen wird über schulische Bereiche, wie Zeugnisse, das Schreiben von Entschuldigungen oder auch gesunde Schulauszeit informiert (vgl. Mitterbauer 2009: 10 und Gruber 2010: 108). Neben Sprachkursen sollten aber auch Weiterbildungen in allen anderen Bereichen angeboten werden.

3.3.1.4 Wohnen und Quartiersmanagement

Die Wohnsituation beeinflusst die gesamte Lebenssituation, sie hat Einfluss auf die Erziehung der Kinder, auf die Möglichkeiten in der Schule und am Arbeitsmarkt und sie wirkt sich auf die Pflege sozialer Kontakte aus. MigrantInnen werden am privaten und öffentlichen Wohnungsmarkt diskriminiert, deshalb spricht Udeani (2003: 56 f.) von folgenden Maßnahmen um einem schlechten Klima im Wohnviertel vorzubeugen:

- Anheben der Wohnqualität für alle BewohnerInnen
- Beteiligung der BewohnerInnen in die Stadtplanung
- Öffnung des öffentlichen Wohnbaus für ausländische StaatsbürgerInnen
- Gründung und Unterstützung von Anlaufstellen für Konfliktfälle im Gemeinwesen
- Wohnviertelgespräche zum Abbau von Vorurteilen und Ängsten

3.3.1.5 Kommunalen Arbeitsmarkt

Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft verrichten oft Arbeiten mit niedrigem öffentlichem Ansehen. Oft stellt nur ein fremd klingender Name eine Hürde beim Zugang zum Arbeitsmarkt dar. Besonders schwierig ist es für muslimische Frauen durch das Tragen des Kopftuches. Sie gelten beim Arbeitmarktservice als „schwer vermittelbar“. Neben den kulturellen und ethnischen Unterschieden sind oft auch nicht oder gering vorhandene Sprachkenntnisse und/oder fehlende bzw. mangelnde Qualifikation Argumente, um Zugewanderte nicht einzustellen. Ein Problem ergibt sich auch durch die Nicht-Anerkennung oder niedrigere Bewertung von Bildungsabschlüssen und führt zu de- oder überqualifizierten ausländischen MitarbeiterInnen (vgl. Gruber 2010: 113 ff.).

Nach Perchinig (2003b: 23 f.) kann eine kommunale Gleichstellungspolitik, die folgende drei Bereiche beinhaltet, Abhilfe schaffen.

- die Gemeinde als Arbeitgeberin
- die Gemeinde als Auftraggeberin
- die Gemeinde als Motor für eine städtische Infrastruktur gegen Diskriminierung

Die Gemeinde als Arbeitgeberin

MigrantInnen sind momentan meist nur in kommunalen Beschäftigungsfeldern mit niedriger Qualifikation beschäftigt und das Bild der MigrantInnen als Reinigungskraft oder bei der Müllabfuhr setzt sich in den Köpfen der Menschen fest. Diese „minderen Jobs“ grenzen die Einwanderer symbolisch aus und die Gemeinde als Auftraggeberin kann dem entgegenwirken, indem sie MigrantInnen sichtbar in allen kommunalen Beschäftigungsebenen einsetzt. Anstellungen als BusfahrerInnen bis hin zu Beschäftigungen mit Autoritätsfunktion in der öffentlichen Verwaltung verändern einerseits die falsche Wahrnehmung von MigrantInnen und setzen andererseits ein starkes Zeichen in Richtung Offenheit der Verwaltung.

Die Gemeinde als Auftraggeberin

Die Gemeinde kann die Gleichstellung dahingehend positiv beeinflussen, indem Betriebe, die Minderheiten fördert, bei Vergaben von Aufträgen bevorzugt werden. So würde neben ökologischen Kriterien auch die Gleichstellung zur angestrebten gesellschaftlichen Norm werden.

Die Gemeinde als Motor für eine Infrastruktur gegen Diskriminierung

Gleichstellungspolitik muss analysiert und evaluiert werden. Perchinig sieht nur eine Möglichkeit darin, diese Aufgabe als leistungsorientierte Managementaufgabe auf leitender Ebene in der Verwaltung zu integrieren. Dies steht allerdings in Konflikt mit dem hierarchischen und trägen Verwaltungsapparat Österreichs.

Weiters ist das relativ junge Phänomen der Selbstständigkeit unter MigrantInnen zu fördern, da dies einerseits durch Respekt der Mehrheitsgesellschaft die Integration der MigrantInnen fördert und andererseits Stadtteile aufwertet. Auch in Fragen des Spracherwerbs und im Erwerb von Qualifikationen und Berufserfahrungen obliegt es der Kommune mit Förderprogrammen, Praktikums- und Ausbildungsplätzen aktiv zu werden (vgl. Gruber 2010: 118).

3.3.1.6 Kultur und Identität

In der öffentlichen Diskussion um Integration hört man öfter die Schlagwörter „Kulturkonflikt“, „kulturelle Identität“ oder „kulturbedingte Unterschiede“ und dabei fällt auf, dass der „eigenen Kultur“ eine kollektive „Wir-Identität“ unterstellt wird und somit die „fremde Kultur“ zum Gegenüber, sogar zum Gegenstück wird. Während „wir“ – die Einheimischen zu rationalem Handeln fähig sind, werden MigrantInnen in diesem Diskurs *„zu kulturabhängigen Theaterpuppen degradiert“* (vgl. Perchinig 2003c: 27).

Der Begriff „Kultur“ ist ein komplexer, schwer zu definierender und unscharfer Begriff, es gibt hunderte Definitionen und Diskussionen, die unter dem Deckmantel „Kultur“ geführt werden, dabei werden oft die Individuen übersehen und automatisch zu „Fremden“ gemacht.

Perchinig (2003c: 28) versucht einen Kulturbegriff zu verwenden, der die Gemeinsamkeiten von kulturellen Mustern hervorhebt. Er weist darauf hin, dass es Grundfragen der menschlichen Existenz gibt, denen sich alle Gesellschaften in unterschiedlichen Formen stellen mussten/müssen. Dazu zählen zum Beispiel der Umgang mit der Zeitlichkeit menschlicher Existenz, der Umgang mit der Körperlichkeit des Menschen mit der Naturabhängigkeit des Menschen oder der sozialen Gebundenheit menschlicher Existenz. Alle menschlichen Gesellschaften haben außerdem Religionen, Gottes- oder Göttervorstellungen und ethische Kernaussagen entwickelt. Der unbegrenzte Pool an Antworten auf diese Grundfragen zeigt, dass Kultur nicht starr sondern ein dynamischer Prozess ist. Perchinig sieht im *„Trennenden der „Kulturen“ [das] Produkt des Verbindenden von „Kultur, der gemeinsamen Fähigkeit der Entwicklung von Neuem“* (Perchinig 2003c: 28).

„Kulturkonflikte“ zu lösen oder sie überhaupt zu vermeiden ist nicht einfach und fordert viel Phantasie und auf jeden Fall die Einbindung der Betroffenen. Interkulturell ausgebildetes Personal ist damit vertraut, die Perspektiven zu wechseln und kann somit Konflikte frühzeitig erkennen und eine Verständigung zwischen Konfliktpartnern ermöglichen. Auch MediatorInnen können die Kommunikation fördern und bei der Kompromissuche helfen (vgl. Perchinig 2003c: 29 ff.).

3.3.1.7 kulturelles Angebot und Veranstaltungen

Kultur wird nicht nur verstanden als die kulturellen Werte, Normen, Lebens- und Verhaltensweisen, sondern auch als (inter-)kulturelles Angebot der Kommune (vgl. Gruber 2010: 120).

Auf der einen Seite kann die Gemeinde die aktive Teilnahme der Zuwanderer am kulturellen Leben fördern und auf der anderen Seite hat sie die Möglichkeit die kulturellen Angebote für alle gleichberechtigt zugänglich zu machen. Kommunale MeinungsbildnerInnen und EntscheidungsträgerInnen haben die Aufgabe, sich öffentlich zu den Kulturen und Religionen aller BewohnerInnen zu bekennen, sie sollen ihr Interesse zeigen, indem sie das Gespräch mit den MigrantInnenorganisationen suchen und diese gezielt fördern und nicht zuletzt müssen sie auch selbst die Veranstaltungen besuchen. Auch in diesem Bereich ist es unabdingbar, die kulturelle Vielfalt als Ressource zu sehen, MitarbeiterInnen mit Migrationshintergrund zu beschäftigen und Begegnungen mit Hilfe von Festen, Veranstaltungen und Vorträgen zu schaffen, um die „fremde“ Kultur zu ermöglichen und zu erleben (vgl. Gruber 2010: 120 f.).

3.3.1.8 Religion

Während Artikel 14 des Staatsgrundgesetzes von 1867 die volle Glaubens-, Gewissens- und Weltanschauungsfreiheit in Österreich garantiert, schränkt Artikel 15 die gemeinschaftliche öffentliche Religionsausübung allerdings für

die gesetzlich anerkannten Kirchen und Religionsgemeinschaften ein (vgl. Fernández de la Hoz 2003: 32 f., Gruber 2010: 121 f.).

In den EU-Ländern entwickelt sich mehr und mehr ein religiöser Rassismus, der sich allerdings nicht gegen jede Gruppe mit anderem Glauben bzw. anderer Weltanschauung richtet. Paloma Fernández de la Hoz (2003: 34) hat folgende Faktoren für das Aufkommen von religiösem Rassismus genannt:

- Menschen aus *sozial schwächeren Gruppen* (wie zum Beispiel MigrantInnen) weichen aufgrund ihres „andersartigen“ Glaubens von der Mehrheitsgesellschaft ab.
- Sie sind *gut organisiert* und treten *zahlreich* auf.
- Die Religiosität wird „*sichtbar*“, das heißt sie wird nicht nur im Privatbereich, sondern auch in der Öffentlichkeit ausgelebt.

Gerade hier kann die Kommunalpolitik einhaken, denn EntscheidungsträgerInnen haben großen Einfluss auf derartige Konflikte. Die Konflikte müssen so weit als möglich auf einer sachlichen Ebene diskutiert werden, was allerdings das Wissen über fremde Religionen und die Bedeutung von Ritualen und Symbolen voraussetzt (vgl. Gruber 2010: 122).

3.3.1.9 Altersspezifische Angebote

Jugendarbeit

Alle Jugendlichen brauchen die Anerkennung einer Peergroup und müssen alternative Lebensmodelle austesten, um ihre Identität entwickeln zu können. Jugendliche mit Migrationshintergrund haben noch zusätzliche Probleme. Ethnische Zugehörigkeiten werden in der Fremde oft stärker entwickelt, der Verlust der Muttersprache und die Tatsache, auch dem Herkunftsland (der Eltern) nicht zugehörig zu sein führen dazu, dass Jugendliche nicht in zwei Welten, sondern zwischen zwei Welten aufwachsen.

Auch der Traum vom sozialen Aufstieg wird oft schnell begraben, denn die finanzielle Situation der Familien – zu der auch oft noch Familienmitglieder im

Ursprungsland gehören – verlangt, dass auch die Jugendlichen schnell in die gemeinsame Familienkassa wirtschaften müssen.

Mit Ausnahme von Sportvereinen sind Jugendliche ausländischer Herkunft kaum in Vereinen anzutreffen. Die Angebote sind nicht ausreichend und/oder werden den Bedürfnissen nicht gerecht. Neben Öffnungszeiten, Feiertage, Rituale, Essen und Trinken, Mehrsprachigkeit, Musikrichtungen müssen die Einrichtungen mit an die Bedürfnisse der Jugendlichen angepassten Beratungsangeboten und qualifizierten und interkulturell sensiblen JugendarbeiterInnen aufwarten (vgl. Gojo 2003: 48 ff.).

Weitere Handlungsstrategien für Josef Gojo (2003: 49 ff.) in der Jugendarbeit sind:

- Angebote und Maßnahmen mit den Jugendlichen erarbeiten
- Interkulturelles Lernen und zielgruppenorientierte Jugendarbeit
- Interkulturelle JugendleiterInnenteams in Jugendtreffs und Vereinen
- Mädchen brauchen besondere Aufmerksamkeit

Ältere MitbürgerInnen

Auch auf die Situation der älteren MigrantInnen muss eingegangen werden. Viele Zuwanderer der ersten Generation bleiben in Österreich, weil ihre Kinder und Enkelkinder hier leben, weil sie auch in ihrer alten Heimat fremd sind oder/und weil sie das bessere Gesundheitswesen und die medizinische Versorgung Österreichs vorziehen. Diese Gruppe sieht sich mit einer Reihe von Problemen konfrontiert:

Aufgrund von Sprachschwierigkeiten, geringem Bildungsstand, jahrelanger unsicherer Arbeits- und Aufenthaltssituation und vielen anderen Gründen ziehen es viele MigrantInnen vor, ihre Freizeit mit Menschen aus ihrer ethnischen Community zu verbringen. Sie sind auf die Unterstützung ihrer Kinder angewiesen, denn meist beziehen sie nur eine niedrige Rente. Die durch den Migrationsprozess veränderte Familienstruktur, der Autoritätsverlust der Männer innerhalb der Familie und die Auseinandersetzung mit der eigenen Lebensge-

schichte können zu Überforderung, Frustration und letztendlich zu Ausgrenzung führen (vgl. Kalayci 2003: 54 f.).

Hüseyin Kalayci (2003: 54 f.) hat folgende Strategien zusammengetragen:

- Förderung der Kontakte zu den eigenen Landsleuten durch spezifische Alterseinrichtungen
- Interkulturelle Arbeit mit älteren Menschen als neue Aufgabe zur Integration
- Berücksichtigung von interkulturellen Aspekten in den Regeldiensten
- Interkulturelle Bildungs- und Fortbildungsmaßnahmen für das Betreuungspersonal

3.3.1.10 Gesundheitswesen

Zugewanderte stehen oft vor der Inanspruchnahme österreichischer Gesundheitseinrichtungen vor großen Hürden. Es fehlt an Information und an der Transparenz der angebotenen Gesundheitsleistungen oder generell an speziellen Angeboten für Menschen mit Migrationshintergrund. Neben mehrsprachigen Informationsbroschüren zum österreichischen Gesundheitssystem kann auch die Ausbildung von MultiplikatorInnen – die einen Knotenpunkt zwischen MigrantInnen und Gesundheitssystem bilden und die PatientInnen mit Informationen unterstützen – helfen, die Zugewanderten zu informieren, Fehldiagnosen und unnötig lange „Patientenkarrieren“ zu vermeiden und letztlich Kosten zu sparen. Das Gesundheitssystem sowie die Altenwohnheime und betreute Wohnanlagen müssen die Bedürfnisse der MigrantInnen berücksichtigen. Es braucht interkulturell geschultes und muttersprachliches Personal. Unterschiedliche Sichtweisen von Gesundheit und Krankheit oder religiös bedingte Essgewohnheiten müssen respektiert und in die Einrichtungen implementiert werden. Auch mobile Dolmetschdienste, die eventuell (junge) Familienmitglieder vom Übersetzen beim Arzt befreit, sollten zum Einsatz kommen (vgl. Gruber 2010: 123 ff.).

3.4 Messbarkeit von Integration

Im nun folgenden Kapitel gehe ich auf die Frage ein, ob Integration messbar ist. In der Literatur finden sich eine Reihe von Integrationsindikatoren, die bereits teilweise den Weg in die Politik gefunden haben und auch hier wird deutlich, dass Integration ein normatives Konzept ist, das nicht von gesellschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Werten unabhängig zu betrachten ist.

Im Dezember 2000 erstellten Mag. Helga Amesberger und Mag. Brigitte Halbmayer unter der Projektleitung von Univ. Prof. Dr. Anton Pelinka für den Wiener Integrationsfonds und die Magistratsabteilungen 18 und 57 der Stadt Wien den Endbericht zu Ihrem Projekt „Integrationsindikatoren. Zur Nachhaltigkeit der Wiener Integrationspolitik.“ In diesem Bericht stellen Sie fest, dass es um Integration definieren und in weiterer Folge messen zu können, eine Zieldefinition braucht (vgl. Pelinka, Amesberger, Halbmayer 2000: 3 f.).

Im Bericht zum Nationalen Aktionsplan für Integration im Jahr 2010 wurde diese Zieldefinition wie folgt festgehalten:

Integration ist ein wechselseitiger Prozess, der von gegenseitiger Wertschätzung und Respekt geprägt ist, wobei klare Regeln den gesellschaftlichen Zusammenhalt und den sozialen Frieden sichern. Erfolgreiche Integration liegt vor, wenn jedenfalls ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache für das Arbeitsleben, für die Aus- und Weiterbildung sowie für den Kontakt zu öffentlichen Einrichtungen vorhanden sind, die wirtschaftliche Selbsterhaltungsfähigkeit gegeben ist sowie die Anerkennung und Einhaltung der dem Rechtsstaat zugrundeliegenden österreichischen und europäischen Rechts- und Werteordnung vorliegen.

Eine integrierte Gesellschaft ist durch soziale Durchlässigkeit und Offenheit geprägt. Sie ermöglicht dem/d Einzelnen, sein/ihr Leben eigenverantwortlich zu gestalten ohne wegen seiner/ihrer Herkunft, Sprache oder Hautfarbe diskriminiert zu werden.

Integration zielt auf die Partizipation an wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Prozessen sowie auf die Einhaltung der damit verbundenen Pflichten ab. Integration ist ein individueller ebenso wie ein gesellschaftlicher Prozess, der durch eigenverantwortliches Engagement sowie durch staatliche Rahmenbedingungen permanent zu gestalten ist. (...)(BMI 2010: 2 f.).

Ines Michalowski und Erik Snel machten sich 2005 im Rahmen einer Fachtagung „Zuwanderer integrieren“ mit Ihrem Beitrag Gedanken darüber, ob man Integration messen kann und was gute Indikatoren sind, um so ein komplexes Phänomen wie Integration auf empirische Weise festzuhalten. In Ihrem Beitrag (vgl. Michalowski und Snel 2005: 46 f.) finden sich drei Merkmale „guter“ Indikatoren wieder:

- *Empirische Validität:* Die Indikatoren müssen die Dimensionen des Phänomens Integration widerspiegeln. Ob alle vorab bedachten Indikatoren tatsächlich wesentlich für die Integration sind, ergibt sich erst aus der empirischen Analyse.
- *Methodische Validität:* Die Indikatoren müssen eindeutig interpretierbar und wiederholbar sein. Dazu müssen nicht nur Oberbegriffe festgelegt werden, sondern auch genaue Teilindikatoren.
- *Praktische Anwendbarkeit:* Um Studien in einer gewissen Regelmäßigkeit wiederholen zu können, ist es von Vorteil, wenn die Möglichkeit vorhanden ist, auf administrative Daten oder Erhebungsdaten bereits bestehender Umfragen zugreifen zu können.

Heinz Fassmann entwickelte aus dem Nationalen Aktionsplan für Integration und der zweiten Ausgabe des Statistischen Jahrbuches zu Migration und Integration sieben Handlungsfelder und ordnete ihnen 25 Integrationsindikatoren zu. Weiters bestimmte er fünf Kernindikatoren, die in der Abbildung auch fett gedruckt dargestellt werden, dabei handelt es sich um besonders wichtige Indikatoren für ein substantielles Integrationsmonitoring. Indikator 25 macht die Unerlässlichkeit subjektiver Sichtweisen für ein vollständiges Monitoring deutlich. Dieses Stimmungsbilder der Bevölkerung soll zum Beispiel durch Befra-

gungen und Bewertungen zum Integrationsklima und interkulturellem Zusammenleben erfasst werden (vgl. Fassmann 2010: 52 ff.).

SPRACHE UND BILDUNG	
1	Vorschulische Betreuungsquoten nach Alter des Kindes und Staatsangehörigkeit
2	Anteil der Kinder (im Alter 5) mit MH mit guten/unzureichenden Deutschkenntnissen an allen einzuschulenden Kindern mit MH (Sprachstandserhebung)
3	Schüler/-innen nach Schultyp und Staatsangehörigkeit
4	Studierende (Bildungsinländer) an Universitäten und Fachhochschulen nach Staatsangehörigkeit
5	Höchste abgeschlossene Bildung nach Staatsangehörigkeit/MH
6	Anteil der 15-20-Jährigen ohne Schulabschluss nach Staatsangehörigkeit/MH
ARBEIT UND BERUF	
7	Anteil der Erwerbstätigen (Erwerbsquote nach Vollzeitäquivalente) nach Geschlecht, Alter und Staatsangehörigkeit/MH
8	Selbstständigenquote nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit/Herkunft
9	Arbeitslosenquote nach Geschlecht, Alter und Qualifikation nach Staatsangehörigkeit/MH
10	Erwerbstätige nach höchster abgeschlossener Ausbildung und Staatsangehörigkeit/MH
11	Anteil der über 1 Jahr Arbeitslosen an der auf dem Arbeitsmarkt aktiven Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit/MH
12	Jugendarbeitslosigkeit – Anteil der Personen mit Migrationshintergrund an unter 25-jährigen arbeitslosen Personen
SOZIALES UND GESUNDHEIT	
13	Nettojahreseinkommen (Median) nach Staatsangehörigkeit/MH
14	Armutsgefährdung und manifeste Armut nach Staatsangehörigkeit/MH
15	Lebenserwartung bei der Geburt nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Geburtsland
16	Inanspruchnahme der Gesundheitsvorsorgeleistung (Impfungen, Vorsorgeuntersuchungen und Brustkrebs-Screening)
SICHERHEIT (RECHTSSTAAT UND WERTE)	
17	Kriminalität nach Alter und Staatsangehörigkeit (Verurteilte bezogen auf Bevölkerung)

	gleichen Alters und gleicher Staatsangehörigkeit)
18	Opferbelastungszahlen (Straftatenopfer) nach Staatsbürgerschaft
WOHNEN UND RÄUMLICHER KONTEXT	
19	Wohnfläche pro Kopf nach Staatsangehörigkeit/MH
20	Wohnkostenbelastung nach Staatsangehörigkeit/MH
21	Rechtsverhältnis der Wohnung nach Staatsangehörigkeit/MH des Haushaltsrepräsentanten
22	Anteil von Personen nach Staatsbürgerschaft/MH in räumlichen Einheiten (Gemeinden, Zählbezirke, Rasterzellen) mit einem bestimmten Zuwandereranteil
SOZIALE UND IDENTIFIKATORISCHE DIMENSION	
23	Bi-nationale Ehen (Anteil der im letzten Jahr eheschließenden Ausländer mit österreichischen Ehepartnern an allen geschlossenen Ehen)
24	Zahl der Einbürgerungen im Verhältnis zur Zahl der Ausländer mit einer Aufenthaltsdauer von 10 Jahren und mehr nach Staatsangehörigkeit/MH
SUBJEKTIVE FRAGEN ZUM INTEGRATIONSKLIMA	
25	Stichprobenerhebung bei Personen mit und ohne MH
MH...Migrationshintergrund fett gedruckt: Kernindikatoren (5, 7, 9, 13, 14)	

Dar. 5: Integrationsindikatoren des Nationalen Aktionsplans für Integration, (Fassmann 2010: 1)

Fassmann (2010: 8) zeigt aber auch die Grenzen der Integrationsindikatoren auf:

- Integrationsindikatoren liefern Hinweise aber keine kausalen Erklärungen.
- Integrationsindikatoren geben nur Aufschluss über Integration bei dauerhafter Zuwanderung.
- Integrationsindikatoren messen Merkmale auf der Ebene der Bevölkerung. Auch wenn institutionelle und rechtliche Rahmenbedingungen wesentlich sind, können „nur“ die Auswirkungen auf den Eingliederungsprozess beobachtet werden.
- Integrationsindikatoren, basierend auf amtlichen Daten ersetzen keine Evaluierungen von spezifischen politischen Maßnahmen.

Integration ist also messbar, wie diese Daten interpretiert werden und welche Gewichtung einzelne Indikatoren erhalten, ist wieder von den politischen Zielsetzungen beeinflusst. Umso wichtiger erscheint hier das Erstellen einer Zieldefinition, wie eingangs von Amesberger und Halbmayr erwähnt.

Bei meiner qualitativen Erhebung habe ich ebenfalls versucht, neben Erkenntnissen über verschiedene Integrationsauffassungen und gesetzten und geforderten Maßnahmen im Bereich Integration einige dieser Indikatoren herauszufiltern.

4 Empirische Forschung

4.1 Zugang zum Forschungsfeld

Durch meine Studienkollegin und Freundin Anna Hruschka, die ursprünglich aus Falkenstein kommt, wurde ich bereits im Vorfeld mit einigen FalkensteinerInnen, darunter auch Janine und Kodou bekannt gemacht. Ich kenne die Familie seit einigen Jahren und auch das Dorf ist mir vertraut. Mein Forschungsfeld war mir also nicht fremd.

Die Familie Hruschka ist eng mit Janine befreundet und hat sie und ihre Tochter in den letzten Jahren sehr unterstützt und wird das wohl auch weiterhin tun. Auch mir hat die Familie sehr geholfen, ohne ihre Hilfe, wäre diese Feldforschung nicht möglich gewesen. Sie ließen mich am Leben in Falkenstein teilhaben, sowohl am alltäglichen Leben, als auch bei besonderen Anlässen, wie zum Beispiel dem Senegal-Fest. Durch das Vertrauen, das ich genoss, haben sie mir den Einstieg ins Feld sehr erleichtert und mir Interviews und teilnehmende Beobachtung möglich gemacht. Weiters haben sie mir zu neuen Kontakten verholfen und sind mir auch als InterviewpartnerInnen zur Verfügung gestanden.

Aufgrund der Nähe zu Wien, war es kein Problem den Ort schnell zu erreichen und ich konnte relativ spontan in Falkenstein sein und trotzdem meinem gewohnten Leben in Wien nachgehen. Dass dieser Umstand nicht nur Vorteile mit sich bringt, darauf möchte ich im Kapitel *Herausforderungen beim Forschungsprozess* eingehen.

Im nächsten Kapitel werde ich kurz mein Feld beschreiben. Zuerst Falkenstein, wo ich meine Beobachtungen durchführte und wo Janine und Kodou jetzt leben. Im zweiten Teil möchte ich noch einen kurzen Einblick in die Geschichte und die aktuellen Entwicklungen im Senegal geben, von dort, wo die beiden herkommen.

4.2 Beschreibung des Feldes

4.2.1 Falkenstein

Der Ort des Geschehens war also Falkenstein. Falkenstein ist eine Gemeinde im nördlichen Niederösterreich, im Weinviertel, und gehört zum Bezirk Mistelbach. Die Gemeinde liegt 60 km außerhalb Wiens und ungefähr 12 Kilometer von der tschechischen Grenze entfernt.

Die Fläche der Marktgemeinde erstreckt sich über 19,17 Quadratkilometer.

Den aktuellen Bürgermeister der Marktgemeinde – Leopold Richter – stellt die ÖVP, die 13 Sitze im Gemeinderat verteilen sich nach der Gemeinderatswahl im März 2010 auf 12 Mandate für die Liste ÖVP-Falkenstein und 1 Mandat für die SPÖ.

Am 1.1.2011 lebten 463 Menschen in Falkenstein, das entspricht 24,15 Einwohnern pro Quadratkilometer. Im Vergleich dazu: Die Bevölkerungsdichte Österreichs beträgt im Durchschnitt 100,2 pro Quadratkilometer, in Wien sogar 4.132 Einwohner pro Quadratkilometer.

Von den 463 Einwohnern haben 442 Menschen die österreichische Staatsbürgerschaft, demnach besitzen 21 Menschen keine. Diese 21 Menschen teilen sich auf in 17 EU-BürgerInnen, drei haben eine afrikanische Staatsangehörigkeit und eine Person eine amerikanische (vgl. Statistik Austria).

Zwei dieser afrikanischen StaatsbürgerInnen kommen aus dem Senegal und waren meine Hauptpersonen bei meiner Feldforschung. Bevor ich auf die Ergebnisse meiner Feldforschung näher eingehe, möchte ich daher noch einen kurzen historischen Abriss der Entwicklungen im Senegal geben.

4.2.2 Senegal

Janine ist also wegen ihrem jetzigen Ehemann mit Kodou von Ziguinchor, einer Stadt im Süden des Senegals nach Falkenstein, ins nördliche Weinviertel migriert.

Die Republik Senegal liegt mit geschätzten 12,5 Millionen Einwohnern in Westafrika, nach der Islamisierung im 10. und 11. Jahrhundert nach Christus bekennen sich auch heute mehr als 90 % zum Islam. Meine beiden Interviewpartnerinnen sind allerdings katholisch.

Im 15. Jahrhundert wurde die westafrikanische Küste von ersten portugiesischen Schiffen näher erkundet und zu Beginn des 16. Jahrhunderts versuchten auch die Niederlande, Frankreich und England in Westafrika Fuß zu fassen und im Jahr 1783 wurde das Gebiet des heutigen Senegals zum französischen Territorium erklärt. Die Nachfrage nach Sklaven stieg und erreichte schließlich im 17. und 18. Jahrhundert ihren Höhepunkt. Während der Kolonialherrschaft Frankreichs wurde zuerst vor allem mit Gummiproduktion für Textilfarben für wirtschaftliche Gewinne gesorgt, die Landenteignungen und verdeckte Formen der Sklaverei nach sich zogen. Um die Autorität der Franzosen zu stärken wurden traditionelle Machhaber vertrieben und getötet. Mitte des 19. Jahrhunderts wurde die Gummiproduktion immer mehr durch den Erdnussanbau verdrängt, das die Beziehungen zwischen den Kolonialherren und der Mouriden, einer islamischen Bruderschaft.

Während des zweiten Weltkrieges bildeten sich immer mehr Bewegungen heraus, die für eine größere Autonomie kämpften doch erst im Jahr 1960 konnte die Unabhängigkeit Senegals gefeiert werden (vgl. Huss 2010: 44 ff.).

Von 1960 bis Ende 1980 regierte Präsident Léopold Sédar Senghor, im Laufe seiner Amtszeit wurde das Amt des Ministerpräsidenten zuerst abgeschafft und nach Studenten- und Gewerkschaftsunruhen in den späten 1960er Jahren wieder eingeführt. Abdou Diouf erhielt diesen Posten und wurde von Senghor als sein Nachfolger aufgebaut. 1981 trat er zurück und Abdou Diouf übernahm sein Amt (vgl. Huss 2010: 53).

Abdou Diouf unternahm weitere Schritte in Richtung Demokratisierung und führte das bis heute bestehende Mehrparteiensystem ein. Seine Amtszeit war von der Wirtschaftskrise der 1980er Jahre und den damit einhergehenden Unruhen und gewalttätigen Konflikten in der südlichen Region Casamance ge-

prägt. Trotzdem wurde er 1993 wiedergewählt und musste sein Amt erst im Jahr 2000 an Abdoulaye Wade abtreten (vgl. ÖFSE 2002: 11).

Mit dem Wahlsieg von Abdoulaye Wade wurde die jahrzehntelange Herrschaft der Parti Socialiste (sozialistische Partei) beendet, seine Wahlversprechen gegen Korruption und Misswirtschaft zu kämpfen, wurde von der Bevölkerung begrüßt, doch die Aufbruchsstimmung verflog schnell, als sich die erhofften Veränderungen trotz Umsetzung einiger Reformen nicht einstellte (vgl. Hartmann 2012: 2).

Seit Anfang 2012 ist Macky Sall im Amt, er kommt aus derselben Partei wie Wade (Parti Démocratique Sénégalais). Wieder sind die Hoffnungen auf eine stabile Regierung groß. Zum ersten Mal ist ein Präsident der neuen Generation an der Macht, denn Sall ist ein Jahr nach der Unabhängigkeit geboren (vgl. Hartmann 2012: 2).

4.3 Ablauf der Feldforschung

4.3.1 Teilnehmende Beobachtung

Zwischen Juni 2011 und August 2012 konnte ich zu verschiedenen Zeiten und Anlässen meine Beobachtungen in Falkenstein durchführen.

Leider konnte ich nicht direkt am Alltag von Janine teilnehmen, das war aus privaten Gründen, die ich natürlich respektiert habe, nicht möglich. Dennoch brachten mir die Eindrücke, die ich durch meine Aufenthalte in Falkenstein gewinnen konnte, Gedankenanstöße und Aufschlüsse in Bezug auf meine Forschungsfragen.

Von besonderer Bedeutung war für mich das Fest „Senegal meets Falkenstein“. Dabei handelte es sich zwar um keine alltägliche Situation, doch genau dieser Umstand war sehr spannend zu beobachten. Das gesamte Auftreten der beiden Senegalesinnen änderte sich, meinen Beobachtungen nach, an

diesen Tagen, an denen sie im Mittelpunkt standen und Teile ihrer Kultur zeigen konnten.

4.3.2 Interviews und Gespräche

Während meiner Feldforschungsaufenthalte ergaben sich eine Reihe von informellen Gesprächen, die ich natürlich nicht auf Tonband festgehalten habe, die mir aber ebenso wie die Beobachtungen und die Interviews geholfen haben, Fragen aufzuwerfen und zu beantworten, sie haben mir Denkanstöße geliefert, mir Lösungen und neue Probleme gebracht und waren in jedem Fall sehr wertvoll für meine Untersuchungen und Analysen.

Ich möchte im Folgenden meine Gesprächs- und InterviewpartnerInnen näher vorstellen und die Umstände unter denen die Gespräche geführt wurden näher erläutern.

4.3.2.1 Gesprächs- und InterviewpartnerInnen

Janine Sagna und Kodou Seydi

Nach einigen Terminschwierigkeiten konnten wir das Interview schließlich am Abend des 20. Juli 2012 durchführen. Da mich die beiden um Hilfe bei einer Bewerbung für Kodou gebeten hatten und dazu ein Computer, Drucker und Scanner von Nöten war, legten wir als Ort für das Interview meine Wohnung fest. Da sie das erste Mal bei mir zu Gast waren und um ihnen Zeit zu geben, sich ein bisschen an die neue Umgebung zu gewöhnen, erledigten wir zuerst die organisatorischen Dinge für Kodou, plauderten über Alltägliches und begannen erst dann mit dem Interview.

Auf Wunsch der beiden, habe ich sie beide gleichzeitig interviewt, außerdem war auch Anna Hruschka anwesend. Janine hatte Angst, dass sie mich beziehungsweise die Fragen, nicht gut verstehen würde und wollte deshalb ihre Tochter und Anna dabei haben. Die Angst stellte sich als unbegründet heraus,

denn beide sprechen sehr gut Deutsch. Anfangs reagierte vor allem Janine noch zurückhaltender auf die Fragen, fasste aber im Lauf des Gesprächs immer mehr Vertrauen und ihre Antworten wurden ausführlicher.

Janine ist mit einem Falkensteiner verheiratet, auf Janines' und seinen Wunsch hin, habe ich versucht, ihn soweit wie möglich aus dieser Arbeit herauszuhalten.

Leopold Richter

Am 19. Juni 2012 um 10:00 Uhr Vormittag lud mich Leopold Richter auf das Gemeindeamt in Falkenstein ein. Ich wurde freundlich empfangen und in den Festsaal geführt. Es war ein sehr heißer Tag und so blieben die Fenster im Saal geöffnet, damit die Luft erträglich blieb. Leider hatte dies zur Folge, dass die Qualität der Interviewaufnahmen durch vorbeifahrende Autos teilweise stark gelitten hat.

Ich hatte Herrn Bürgermeister Richter bereits im Vorfeld darüber informiert, was meine ungefähren Absichten sind und er begann ohne Umschweife zu erzählen. Er machte mir die Interviewführung sehr einfach, ich musste kaum Zwischenfragen stellen und ihn nur manchmal wieder zurück zum Thema holen, wenn er sich in seiner Erzählung zu weit von dem Gefragten entfernte.

Antonia Hruschka und Eva Vrtis

Diese beiden Frauen sind sehr gute Freundinnen von Janine geworden. Die beiden unterstützen Janine und bieten ihre Hilfe an, wo sie nur können, aber sie sind nicht nur an Janines Integration interessiert, sondern auch an ihrer Herkunft. Deshalb haben die beiden Frauen mit Janine, ihrer Cousine und noch zwei anderen Frauen eine Reise in den Senegal gemacht. Auf diese Weise wurden auch die Rollen getauscht und Janine konnte Antonia und Eva etwas zeigen und lernen. Mit diesen beiden Frauen konnte ich aus terminlichen Gründen am Ende leider kein Interview mehr führen, sie haben aber durch ihre Erzählungen, Beschreibungen und Gedanken wertvolle Informationen geliefert, die mir beim gesamten Forschungsprozess sehr hilfreich waren.

Alfred Hruschka

Alfred Hruschka ist Künstler und Mitbegründer des Vereins FalkArt, deren Mitglieder mit Projekten und Veranstaltungen versuchen, „traditionelles mit zeitgenössischem Ungewohnten“ zu verbinden. Trotz sehr knapper Terminplanung meinerseits war er bereit, mir ein Interview über den Verein und seine persönliche Einstellung zu Integration in Falkenstein zu geben. Alfred Hruschka ist selbst kein „echter“ Falkensteiner, lebt aber mittlerweile seit über 30 Jahren dort. Das Interview führten wir in Floridsdorf in einem Café.

Verein FalkArt und das Senegal-Projekt

Der Verein wurde 2006 von dem jetzigen Bürgermeister Leopold Richter, Alfred Hruschka, Harald Reichart und Maria Ruckstuhl gegründet. Der Verein zählt aktuell sechs Mitglieder, wobei auffällig ist, dass vier davon keine geborenen Falkensteiner sind, sondern Zugewanderte aus Graz, Laa/Thaya und Wien. Die Ziele und Anliegen des Vereins sind die Menschen mit moderner Kunst und mit Kultur zu konfrontieren und einen Gegensatz zu den herkömmlichen und traditionellen Vereinen in Falkenstein zu bilden. Der Verein hat es sich nicht nur zur Aufgabe gemacht, mit Kunst- und Kulturprojekten andere Kulturen in Falkenstein zu präsentieren, er möchte auch die Kommunikation mit den NachbarInnen (in Tschechien und der Slowakei) intensivieren.

Im Jahr 2011 nahm der Verein die Tatsache zum Anlass, dass in Falkenstein drei senegalesische Frauen wohnen und bestimmten das Thema „Senegal“. Die zahlreichen Projekte mit Schulen, Kindergärten und der Ortsbevölkerung in Zusammenarbeit mit in Österreich lebenden SenegalesInnen endeten schließlich in einer Projektwoche im Juni 2011 in Falkenstein. Neben der Möglichkeit an Workshops wie zum Beispiel Tanzen, Trommeln, Herstellen von traditioneller Kleidung und Haarschmuck oder Kochen teilzunehmen, konnte man senegalesischen Musikern lauschen, Auftritte verschiedener Shows bestaunen und senegalesischen Künstlern über die Schulter schauen. Ein Projekt der Musik-Hauptschule Laa/Thaya wurde vorgestellt, ein Weinkeller wurde zu einem ägyptischen Café umdekoriert und es wurden einige interessante Vortragende eingeladen. Unter anderem Universitäts-Professor Friedhelm

Kröll, der einen Vortrag zu „Fremd sein“ hielt oder von der SFC, der Schwarzen Frauen Community, deren Vortrag die wirtschaftliche und soziale Situation der Frauen im Senegal zum Thema hatte.

Die Zusammenarbeit mit der Gemeinde und der Bevölkerung gestaltet sich nicht immer einfach, so waren die Reaktionen im Vorfeld zum Fest eher verhalten. Da das Fest mit all seinen Workshops, Musikdarbietungen, Tanzshows und Vorträgen über eine gesamte Woche ging und dabei sowohl die ortansässige Gastronomie, als auch umliegende Schulen und Kindergärten eingebunden wurden, die selbstständig großartige Projekte auf die Beine stellten und sie im Rahmen des Festes präsentieren konnten, konnte man sich diesem Projekt kaum entziehen und der Verein war sehr zufrieden und überrascht von den zahlreichen positiven Reaktionen.

4.3.3 Inhaltsanalyse und Kategorienbildung

Nach der Transkription meiner Interviews und der teilnehmenden Beobachtung wurde das Material einer qualitativen zusammenfassenden Inhaltsanalyse nach Mayring (2010: 67 f.) unterzogen. Dafür habe ich mir anhand der Kapitel *Integration in der Wissenschaft* und *Integration in der Politik* ein ungefähres Kategoriengerüst zurechtgelegt. Textstellen, die sich keiner vorhandenen Kategorie zuteilen ließen, dienten mir als Grundlage für die induktive Erstellung neuer Kategorien. Nach dem ersten Materialdurchlauf verfeinerte ich mein Kategoriensystem und ging die Unterlagen anschließend noch einmal durch.

Die erste Kategorie habe ich *Integrationsverständnis* genannt und deren Subkategorien basieren auf einem Artikel von Karin Bischof, Brigitte Halbmayer, Kerstin Lercher und Barbara Liegl, die mittels Daten aus dem zwischen 2002 und 2005 durchgeführten EQUAL-Projekt „Verschiedene Herkunft – gemeinsame Zukunft. Strategien und Maßnahmen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“ kommunale Integrationspolitik näher beleuchten.

Ich habe die vier groben Kategorien, die das Integrationsverständnis der Befragten zeigen, auch für meine Arbeit im Vorfeld verwendet.

Die Kategorien, die das Integrationsverständnis der RespondentInnen zeigen sollen lauten: konfliktvermeidend, assimilatorisch, partizipationsorientiert und ressourcenorientiert.

Das Fehlen von Konflikten und Auseinandersetzungen zwischen Einheimischen und Zugewanderten wird vom Großteil der Befragten als Zeichen von gelungener Integration gewertet. Die Befragten mit konfliktvermeidendem Integrationsverständnis gaben in der Umfrage die wenigsten Konflikte an und betrachteten die allgemeine Situation als sehr gut.

Die zweitstärkste Gruppe vertritt ein assimilatorisches Integrationsverständnis und ist der Meinung, dass sich die Zugewanderten an die vorherrschenden Sitten und Gebräuche anpassen müssten. Die Befragten, die dieser Auffassung waren, nannten häufig Konflikte und nahmen das Zusammenleben deutlich negativer war, als andere Gruppen.

Als partizipatorisch wird die Sichtweise bezeichnet, dass sich Zugewanderte gleichberechtigt am gesellschaftlichen und politischen Leben beteiligen. Hier ist auffällig, dass diese Gruppe zwar seltener Konflikte angibt, dafür aber die allgemeine Situation als kritisch beurteilt.

Die letzte Kategorie spricht von einem ressourcenorientierten Integrationsverständnis und geht davon aus, dass gelungene Integration damit korreliert, wenn Zugewanderte ihre Fähigkeiten (Sprachkenntnisse, Ausbildung) im kommunalen Zusammenleben nutzen und einbringen können (vgl. Bischof, Halbmayer, Lercher, Liegl 2007: 173 f.).

Aus den Daten geht hervor, dass die Schuld bei ungenügender Integration oder beim Auftreten von Konflikten bei den Zugewanderten gesucht wird und es dem Fehlverhalten „der Anderen“ beziehungsweise deren „Anderssein“ zugeschrieben wird. Andererseits zeigen die Antworten auf die Fragen nach geeigneten Präventionsmaßnahmen, dass die Befragten durchaus mangelnde

Unterstützungsleistungen der Mehrheitsgesellschaft und fehlende Partizipationsmöglichkeiten für die Zugewanderten erkennen (vgl. Bischof, Halbmayr, Lercher, Liegl 2007: 175 f.).

Die zweite Kategorie *Integrationsindikatoren* unterteilte ich bereits beim ersten Materialdurchgang induktiv in die Unterkategorien (1) Indikatoren, die von der Mehrheitsgesellschaft und den ImmigrantInnen genannt wurde, (2) Indikatoren, die von der Mehrheitsgesellschaft genannt wurden und (3) Indikatoren, die von den ImmigrantInnen genannt wurden. Diesen drei Kategorien ordnete ich dann die im Kapitel 4.4 Ergebnisse präsentierten Indikatoren zu.

Die dritte Kategorie bildete ich auf Grundlage der im Kapitel 3.3.1 beschriebenen Handlungsfelder in der kommunalen Politik. Die Kategorie *Handlungsfelder* teilte ich induktiv in (1) bereits gesetzte Maßnahmen und (2) gewünschte/geforderte Maßnahmen.

4.3.4 Herausforderungen beim Forschungsprozess

Die Teilzeit-Feldforschung (vgl. Beer 2008: 32) in „meiner“ Gesellschaft, die ich im letzten Jahr betrieben habe, mag einfach und praktisch klingen, so blieb ich in meiner gewohnten Umgebung verschont vom Kulturschock und konnte weiterhin studieren, musste meinen Job nicht aufgeben, musste mich nicht für eine Zeit von Freund, Familie und FreundInnen trennen und musste auch keine neue Sprache lernen.

Die Sprache brachte aber nicht nur Vorteile. Auch wenn mir die Möglichkeit bei den Interviews „Deutsch“ zu nutzen vieles sehr vereinfacht hat, wäre es nicht schlecht gewesen, die Sprache(n) der beiden senegalesischen Frauen zu beherrschen. Ich beherrsche Französisch zumindest passiv, habe aber von Diola keine Ahnung und konnte so keinen Gesprächen zwischen den beiden folgen, wodurch wertvolle Informationen über soziale Beziehungen verloren gehen (vgl. Beer 2008: 32).

Den nächsten Punkt, der nicht nur Vorteile bringt, hat Bettina Beer schon richtig beschrieben:

„Ein nicht nur praktischer Aspekt der Forschung in der eigenen Gesellschaft und eventuell sogar gewohnten Umgebung besteht darin, dass man die Rollen in seinem vertrauten Umfeld (...) auch weiterhin ausfüllen muss, was zu erheblichen Doppel- (und Dreifach)belastungen führen kann“ (Beer 2008: 32).

Das kann ich nur bestätigen, manchmal ist es nicht oder nur schwer möglich, sich vollkommen auf seine Forschung zu konzentrieren, wenn zu viele Dinge aus deiner gewohnten Lebenssituation im Kopf herumschwirren. Vielleicht stelle ich mir eine Feldforschung fern vom eigenen Alltag auch zu romantisch vor, aber ich denke es ist einfacher, sich in das Forschungsfeld einzulassen, weil man nicht zwischen so vielen Rollen umschalten muss.

Ein nicht unwesentlicher Punkt war auch der Zeitdruck. Um mein Studium nach meinen Wünschen zu beenden, hatte ich aufgrund von Umstellungen im Studienplan immer ein bestimmtes Datum im Hinterkopf. Lesen, Recherchieren, Forschen, Analysieren und Schreiben brauchen Zeit und sie brauchen natürlich noch mehr Zeit, wenn man nebenbei studiert und arbeitet.

4.4 Ergebnisse

Auf den folgenden Seiten werde ich die Ergebnisse meiner Analyse aufbereiten. Damit die Ausdrucksweise meiner InterviewpartnerInnen durch die Zusammenfassungen meiner Transkriptionen nicht verfälscht wird, werde ich meine Interpretation mit wortwörtlichen Zitaten unterlegen.

4.4.1 Integrationsverständnis

Wie bereits im Kapitel 4.3.3 Inhaltsanalyse und Kategorienbildung beschrieben, habe ich mich an den vier verschiedenen Formen des Integrationsver-

ständnis, die ich dem Artikel von Karin Bischof, Brigitte Halbmayr, Kerstin Lercher und Barbara Liegl entnommen habe, zu orientieren und habe versucht, diese Kategorien in den Interviews wiederzufinden. Dieses Unterfangen gestaltete sich nicht so einfach wie anfangs gedacht. So fand ich den Aussagen der Befragten nicht nur eine Kategorie, sondern ihr Integrationsverständnis verteilte sich über zwei oder drei Kategorien. Die von Bischof, Halbmayr, Lercher und Liegl erstellten Kategorien konnte ich also nicht so explizit getrennt bei meinen InterviewpartnerInnen vorfinden, was auch meiner Annahme entsprach, dass sich die Kategorien nicht notwendigerweise ausschließen und das eigene Integrationsverständnis kein starres Konstrukt ist, sondern sich verändert und vielleicht je nach Situation wandelbar ist.

Janine und Kodou konnten mit dem Begriff Integration nichts anfangen, was vermutlich auf die Sprache zurückzuführen ist. Erwähnenswert und sehr interessant erscheint mir allerdings, dass dieser Begriff für beide negativ behaftet war (vgl. Interview 2 und 3: 12 f.). Sie assoziierten damit Rassismus und da drängt sich für mich die Frage auf, woher das kommen mag.

4.4.1.1 konfliktvermeidend

Alle Befragten gaben an, dass es keine Konflikte zwischen Einheimischen und Zugewanderten in Falkenstein gibt. Auffallend ist, dass dies jedoch nicht als Zeichen geglückter Integration genannt wurde.

4.4.1.2 assimilatorisch

Die beiden folgenden Zitate zeigen, dass die von mir Befragten kein assimilatorisches Integrationsverständnis haben, sondern betonen, dass es wichtig ist, seine Kultur leben zu können:

„Wenn si ana wohlfühlt und seine Religion und seine Kultur auch leben kann und so akzeptiert wird, wie er is“ (Interview 4: 2).

„(...) oba ma muas hoid des Gemeinsame suchen und jeder muss sein Freiraum hobn, des haßt, des muas i a zualosn“ (Interview 1: 23).

4.4.1.3 partizipationsorientiert

Dass der Wunsch herrscht, dass Zugewanderte am gesellschaftlichen und politischen Leben teilnehmen (können), zeigen auch im Folgenden die Kategorien *Integrationsindikatoren* und *gewünschte Maßnahmen*.

Dem Bürgermeister ist nicht nur an der Teilnahme am Ortsgeschehen gelegen, sondern ihm ist auch bewusst, dass dafür von der Mehrheitsbevölkerung etwas zu tun ist:

„Der Trugschluss, dem man a jahrelang aufgesessen is, dass man sogt, okay die san potentiell gut bestückt, de kinan si a bissl was leisten, de woi ma haum, de soin kuma. Nur, daun hod ma oba nix davon, waun der ane groß konsumiert und daun ist er nicht mehr da. Des haßt, der hüft uns bei kana Ortsbüdpflege, der hüft uns bei kan Musikverein, bei kana Feuerwehr, bei kan Männerchor. Oiso bei keiner der Vereine und somit, oiso wos uns daun eigentlich interessant mocht, stirbt daun eigentlich aus oder wird weniger und do muas i scho gaunz stoak dagegensteuern“ (Interview 1: 23).

4.4.1.4 ressourcenorientiert

Eine einzige Aussage des Bürgermeisters konnte ich dieser Kategorie zuordnen, die davon ausgeht, dass man von den Fähigkeiten der Zugewanderten profitieren kann:

„Sog i moi, miass ma uns jeder diese Eigenheiten bewahren kinna, und sogn, guad des is, des is des Aundare, do kau i profitieren davo“ (Interview 1: 24).

4.4.2 Integrationsindikatoren

4.4.2.1 Indikatoren, die von der Mehrheitsgesellschaft und von den ImmigrantInnen genannt wurden

Sprache und Bildung

Die Bereitschaft die Sprache des Landes zu lernen in dem man sich niederlässt, wurde mir von allen meinen InterviewpartnerInnen immer als wichtigstes Kriterium auf meine Frage „Was muss jemand tun, damit er integriert wird?“ genannt:

„(...) die Sprache ist eine Eintrittskarte (...) ohne Verständigung geht's ned“ (Interview 1: 18).

„Ich glaube einfach, des wichtigste ist die Bereitschaft Deutsch zu lernen oder diese Sprache des Landes, wo ich hin will oder mich niederlassen will. (...) So kann er a wen kennenlernen“ (Interview 4: 3).

Und nicht nur von den Vertretern der Mehrheitsgesellschaft wurde dieser Indikator als Voraussetzung für Integration genannt, auch die beiden Frauen sehen die Sprache als den entscheidenden Faktor um am Leben teilhaben zu können:

„In der Schule (...)ich hatte am Anfang vielleicht ein bisschen Schwierigkeiten und danach habe ich mich daran gewöhnt seitdem ich die Sprache kann“ (Interview 3: 7).

„Ich rede im Senegal nur Französisch und jetzt ich rede ein bisschen Deutsch. Das ist bisschen schwierig, das ist nicht meine Sprache, aber ich freu mich schon, wenn ich kann auch gut mit meine Freundinnen verstehen und die Leute und ich kann auch jemanden fragen“ (Interview 2: 3).

soziales Netzwerk

Diese Kategorie ist für die Befragten eng mit dem Indikator Sprache verbunden, wie man sehr deutlich am oben angeführten Zitat von Janine sehen kann.

Um sich ein soziales Netzwerk in einer kleinen Gemeinde aufzubauen, ist die Sprache unerlässlich. Alfred Hruschka sagt über Mariama, die Cousine von Janine, die ebenfalls in Falkenstein gelebt hat:

„Vor oim weil sie wirklich guad gsprochn hod, des haßt, sie hod Freunde ghobt, Freundinnen, Nachbarn, de älteren Frauen, zu denen ist sie einegaunga Kaffee trinken. Oiso do wo sie gwohnt hod in dem Umkreis, woas total daham eigentlich. Sie hod a sehr viel Unterstützung ghobt von diesem Nachbarsgrätzl“ (Interview 4: 2).

Dabei geht es aber nicht um perfekte Sprachkenntnisse, sondern um den Willen und die Bereitschaft sich verständigen zu wollen und die Sprache zu erlernen (vgl. Interview 4: 3).

Diese beiden Zitate zeigen sehr deutlich, wie wichtig es für Kodou und Janine war, Freunde zu finden um sich wohlfühlen zu können:

„Das war so schwer, neue Freunde zu finden. Im Senegal ist es so, wenn du draußen bist, dauert es eine Woche oder so und du hast Freundinnen und hier ist es, das dauerte Monate. Naja und dann hatte ich eine Freundin kennengelernt und naja, dann hat es Spaß gemacht“ (Interview 3: 7).

„Die Mariama ist ja schon weg, dann die Antonia, sie kommt immer zu mir und sie hilft mir und redet mit mir. Ich kann auch immer Antonia besuchen. Und die Mariama ist ja schon weg und ich bin jetzt besser mit Antonia. Aber früher war ich immer alleine, ich war immerimmerimmer traurig. Ich war immer traurig, wirklich. Wenn Antonia bei mir ist, das ist wirklich schön“ (Interview 3: 10).

Wie aus den Interviews mit den beiden Frauen und mit Herrn Hruschka ebenfalls hervorgegangen ist, fehlt in Falkenstein die ethnic community, das senegalesische Netzwerk, das vor allem von Janine vermisst wird und weshalb sie besonders froh ist, jetzt in Wien wochentags wohnen und arbeiten zu können.

„(...) ich habe viele Freunde hier. Das ist wirklich gut für mich, wenn ich hier bin, ich kann auch mit Kollegen telefonieren. Oder wenn ich Probe

habe, das ist auch gut für mich, kann auch Tanzen und mit den Leuten reden“ (Interview 2: 11).

Arbeit und Beruf

Weitere Faktoren, die Integration beeinflussen, sind Arbeit und Beruf. Die Gemeinde hatte die Cousine von Janine, Mariama, eingestellt und ihr verschiedene Aufgaben übertragen. So war sie für Ordnung und Sauberkeit vom Gemeindeamt und der Schule genauso zuständig, wie für die Ortsbildpflege und das Austragen des Gemeindeblattes. Sie war auf jeden Fall sichtbar eingesetzt und hatte auf jeden Fall ein starkes Zeichen in Richtung Offenheit der Gemeinde gesetzt (vgl. Interview 1: 20 und Interview 4: 2).

Janine selbst hat mit Hilfe von Antonia Hruschka jetzt eine Arbeitsstelle in Wien gefunden und passt nachmittags auf zwei Kinder auf. Für sie bedeutet der Schritt nach Wien ein erstes Stück Selbstständigkeit, denn zuvor war sie finanziell absolut abhängig von ihrem Ehemann (vgl. Interview 2: 9 und Interview 4: 1).

4.4.2.2 Indikatoren, die von der Mehrheitsgesellschaft genannt wurden

Integrationsbereitschaft der Mehrheitsgesellschaft

Von meinen befragten Vertretern der Mehrheitsgesellschaft wurde es als entscheidend angesehen, ob prinzipiell eine Integrationsbereitschaft in der Bevölkerung besteht. Die Gründe dafür werden einerseits in der Geschichte des Ortes Falkenstein gesehen:

„Oiso da ist scho a wengl mehr Bereitschoft do, (...) weil wir mit dem schon a weng Groß worden san oder wegen dem geht's vielleicht schneller und ansonsten denk i, haben wir dadurch an historischen Vorteil schon ghobt, dass wir uns ollaweil mit aundare Leid verständigen haum miassn. Sonst hätten wir ned überlebt, ganz einfach“ (Interview 1: 18).

Wie in Kapitel 3.3.1 Handlungsfelder kommunaler Politik ist eine interkulturelle Orientierung der öffentlichen Verwaltung, hinter der der Bürgermeister steht, ein weiterer Faktor, der die Integrationsbereitschaft begünstigt.

Bürgermeister Leopold Richter ist der Meinung, dass es nicht nur wichtig ist, Integrationsprojekte zu unterstützen, sondern auch selbst daran teilzunehmen und so seine Einstellung und Wertschätzung dem Verein und den beteiligten Menschen gegenüber zu zeigen:

„Jo, des is glaub i des wichtigste, weil nur dann kau des a authentisch umakuma“ (Interview 1: 16).

Alfred Hruschka sieht ganz allgemein nicht unbedingt eine Bereitschaft auf Neues zuzugehen in der Bevölkerung:

„(...)i denk ma afoch, dass diese Menschen hoid scho sehr, sog i moi, ihr Leben leben und ned drüber schau, dass es nu andere Dinge gibt, dass es a nu was aundas gibt, so hob i des Gefühl. Des faungt hoid bei der anen Ortschaft aun und head bei da nächsten Tafel wieder auf. De seng a ned, dass des eventuell a was Positives sein kann, wenn wir unsere Feste machen und andere Menschen herhoin, durch de Kunst, durch de Projekte und de Sachen, die ma mochn“ (Interview 4: 4).

Er gibt an, dass er selbst, obwohl er schon dreißig Jahre in der Gemeinde lebt, nicht behaupten würde, integriert zu sein, „weil i hoid so wie jeder Schwarze anders bin, oder anders si....hm...was anders gmocht hob“ (vgl. Interview 4: 3).

Er sieht die Schwierigkeiten darin, dass Falkenstein eine sehr konservative Politik geführt hat, die auch dazu beigetragen hat, dass die Gemeinde vor dem Problem der Überalterung steht. Zu wenig wurde für Kinder, Jugendliche und Familien getan. Alfred Hruschka sieht aber eine positive Entwicklung:

„Des anzeige, was hoid wirklich toll is jetzt, dass da Richter Leopold, des is a Berufsschullehrer, dass der jetzt Bürgermeister ist“ (Interview 4: 4).

aktive Teilnahme am Ortsleben

Diese Kategorie ist eng mit der Kategorie „soziales Netzwerk“ verbunden, allerdings wurde von den beiden Falkensteinern explizit und mehrmals die aktive

Einbringung im Ortsleben als Kriterium für Integration genannt und so habe ich diese Kategorie induktiv gebildet.

Bereits unter der Hauptkategorie Integrationsverständnis wird der Wunsch nach der Teilnahme am Ortsgeschehen deutlich, der aus der Sorge vor der Überalterung und Schrumpfung der Gemeinde Falkenstein resultiert. Jungfamilien mit Kindern sind mehr als willkommen, für sie gelten sogar niedrigere Grundstückspreise und die Hoffnung, dass die neuen Zuwanderer nicht nur konsumieren, sondern ihre Kinder in den ortsansässigen Kindergarten und in die Schule schicken und aktiv am Leben in Falkenstein teilnehmen, ist groß (vgl. Interview 1: 3, 5).

Nicht nur an der geringen Bevölkerungsanzahl wird hier der Unterschied zur Integration in der Stadt sehr deutlich, die Anonymität gibt es am Land nicht:

„Oiso irgendwo is de Geselligkeit, natürlich muast des a erst lernen. In Wien geh i in a Wohnung eini, bin anonym und heraust redet mi der au (...) und muas natürlich daun a amoi stehbleibn und redn. Des is an ned für olle Leid aungenehm, (...)“ (Interview 1: 8).

Alfred Hruschka kann wieder von seiner eigenen Geschichte berichten, dass

„(...) erst daun wies gsehn hob was i moch und i mi a bissl einbrocht hob und mi beim Sportverein a bissl engagiert hob und do a bissl engagiert, dann hams gsehn, okay, der Bursch kann was, oder do is was do. Dann wars natürlich besser (...)“ (Interview 4: 3).

politische Mitbestimmung

Auch der Indikator „politische Mitbestimmung“ wurde angesprochen, wobei ich die Aussagen selbst vor allem der Kategorie „gewünschten Maßnahmen“ zugeordnet habe. Durch Alfred Hruschkas ganz persönliche Geschichte lässt sich aber zeigen, dass die Möglichkeit die Politik im traditionellen Falkenstein mitzugestalten auch zu Problemen führen kann:

„Wie i mi in der Politik engagiert hob, ois Grüner, des woa dann a Problem, dann warn a auf amoi de Freunde weg, wo i glaubt hob, des san Freunde, auf amoi haums mobil gmocht, gegen mi“ (Interview 4: 3).

4.4.2.3 Indikatoren, die von den ImmigrantInnen genannt wurden

Selbstverwirklichung

Eine Kategorie, die sich durch das empirische Material ergab, habe ich als Selbstverwirklichung betitelt und fasst jene Aussagen zusammen, die zeigen, dass neben der Bereitschaft sich in die Aufnahmegesellschaft zu integrieren, auch der Wunsch besteht, seine Identität zu bewahren und sie in irgendeiner Form auszudrücken. Bei Alfred Hruschka ist das die Kunst, in die er sich zurückziehen kann um seine Sicht der Dinge darzustellen. Für Janine ist es das Tanzen, wo sie sie selbst sein kann. Im Interview bestätigte sie mir, dass ihr die Möglichkeit zu Tanzen in Falkenstein fehlt und sie deshalb froh ist, unter der Woche in Wien zu sein. Nach meinen teilnehmenden Beobachtungen beim Senegal-Fest und bei einer Buchpräsentation, wo ich Janine bei ihren Auftritten beobachten konnte, war ich jedes Mal erstaunt über die Wandlung, die sie für mich durchmachte (vgl. Interview 2: 11).

4.4.3 Maßnahmen

Es war oft nicht einfach zu trennen, was als Indikator für Integration angesehen wird und was als eine gewünschte Maßnahme im Bereich Integration gemeint war. Nur wenn in der Aussage der Wunsch nach einer Maßnahme herauszulesen war, wurde dieser Aspekt der Kategorie gewünschte Maßnahmen zugeordnet.

4.4.3.1 gesetzte Maßnahmen

Vereine

Die Vereine haben sich zum Teil schon für „Fremde“ geöffnet, dabei ist noch gar nicht so sehr die Rede von anderen Kulturen, sondern das fängt schon bei den BürgerInnen der Nachbarortschaft an.

Sogenannte „Zuagroaste“, also FalkensteinerInnen, die nicht in der Gemeinde geboren wurden, nehmen am Vereinsleben teil, in der Theatergruppe, im Männerchor, im Kinderchor, im Musikverein und im Sportverein (vgl. Interview

1: 9 f.). Als Verein, der von einem Migranten (mit)gegründet wurde, ist FalkArt zu erwähnen. Die Begründer sind alle gebürtige ÖsterreicherInnen und sind aus unterschiedlichen Gründen nach Falkenstein migriert. Der Verein möchte einen Gegensatz zu den herkömmlichen, traditionellen Vereinen in Falkenstein bilden und den künstlerischen Dialog über kreative Prozesse von der bildenden Kunst über Literatur und Musik zu verschiedensten Aktivitäten im Bereich Kultur in Falkenstein fördern (vgl. Interview 4: 1). Der Projektschwerpunkt 2011 war das Thema Integration, das wegen der drei in Falkenstein lebenden Senegalesinnen zum Anlass genommen wurde.

„(...) wie können wir de zwa Frauen, oder drei sans jo mit der Tochter von der Janine, und da sie sich irrsinnig guad integriert haum, weils jeder kennt hod, oiso in so ana klanen Ortschoft kennt jo jeder jeden sofort.(...) und do eigentlich a sehr guades Miteinander aussakuma is, (...) do is de Idee kuma, okay, moch ma moi a Fest, sie soin uns zagn, wos se mochn, dass ma des da Bevölkerung a bissl näher bringen kaun“ (Interview 1: 4).

Eine genauere Projektbeschreibung habe ich im Kapitel 4.3 Aufbau der Feldforschung vorgenommen. Waren die Reaktionen der ortsansässigen Bevölkerung vor der Projektwoche eher vorsichtig, wurden die Erwartungen der Veranstalter übertroffen.

„Ja, des war eigentlich sehr gut besucht auch von den Falkensteinern. Des war ganz toll. Des war wirklich sehr, also das war ein tolles Fest (...) und a de Workshops woan sehr guad. Oiso auf den Schulen, (...) de haum do eigene Projekte gmocht, de haum daun wirklich eigene Musik gmocht, ned? De haum a Theaterstück einstudiert, eigene Lieder getextet, do san wirklich schene Sochen aussakuma, de haum si a wirklich auseinandergesetzt damit. Jo, des woa schen und des find i mocht Sinn, wenn die Kinder dabei san, um des geht's eigentlich“ (Interview 4: 1 f.).

Trotz der eher kritischen Haltung von Alfred Hruschka zu der Integrationsbereitschaft der Mehrheitsbevölkerung in Falkenstein, war das Fest gut besucht und hat zumindest für viel Gesprächsstoff in Falkenstein gesorgt.

Kindergarten

Auch im Kindergarten wurden einzelne Schwerpunkte gesetzt, um andere Kulturen kennenzulernen.

In der Umgebung gibt es ausgewählte Kindergärten, die von tschechischen Kindern besucht werden und die von einer muttersprachlichen Stützkraft unterstützt werden (vgl. Interview 1: 6 und Interview 4: 6).

4.4.3.2 gewünschte Maßnahmen

politische Mitbestimmung

In diesem Punkt sieht zumindest der Bürgermeister Handlungsbedarf:

*„Waun er do am Leben teilnimmt, des haßt er ist in Falkenstein do, daun sollte er eigentlich mitbestimmen können. Des haßt, des deaf jetzt ned haßn EU oder Nicht-EU (...) oiso do glaub i, dass a Nachholbedarf wär. Waunst mi so frogst, sollte des verbessert werden, sicherlich, der wohnt do, der verbringt sei Zeit do, daher kau er auch mitbestimmen“
(Interview 1: 25 f.).*

Für die beiden Senegalesinnen war dieser Punkt nicht relevant, über die Gründe kann ich nur mutmaßen.

(interkultureller) Dialog

Während von der Mehrheitsgesellschaft erwartet wird, dass sich die Zuwanderer im Ort einbringen und aktiv am Leben in der Gemeinde teilnehmen, wird in den Aussagen der Zuwanderer deutlich, dass sie sich noch mehr Austausch mit den hier lebenden Menschen wünschen, damit man sich kennenlernt, damit man die jeweilige Kultur kennen und verstehen lernt und damit etwas Neues entstehen kann.

„(...) Freu mich schon, wenn diese Frage kommt. Das ist wirklich ganz anders. Bei uns, wenn du kommst zu mir, du brauchst nicht telefonieren, du kommst ganz einfach. Wenn das Essen fertig ist, (...) du bist eingeladen oder nicht. Ist wurscht, gemma alle zusammen

essen und alle zusammen sprechen, ganz glücklich. Aber in Österreich, das ist wirklich ganz anders und bei uns, wenn (...) er hat Geld oder nicht, bei uns ist es wirklich egal, kommen wir auch zusammen. Essen, helfen und in die Disco gehen und so. Aber in Österreich, das ist wirklich ganz anders“ (Interview 2: 3).

„Ja, im Senegal sind wir es gewöhnt immer alle zusammen zu essen und wenn man alleine ist, dann hat man nicht so viel Gusta, so. (...) Man isst ein bisschen, aber wenn alle da sind, so, die Familie und alle zusammen essen, dann isst man mehr“ (Interview 3: 6).

„Es kann nur bereichernd sein, wenn es mehr Ideen gibt, wenn es Leid gibt, de aundas denken, de querdenken. Des kau nur förderlich sein“ (Interview 4: 4).

Ich konnte aus meinen Ergebnissen ebenfalls herauslesen, dass der Wunsch sich seine Identität, seine (kulturellen) Eigenheiten zu bewahren einen großen Stellenwert einnimmt. Diesen Aspekt als geforderte Maßnahme anzusehen, erschien mir aber nicht passend. Trotzdem wollte ich ihn, vielleicht als Folge, die aus einem (interkulturellen) Dialog resultieren kann, nicht unerwähnt lassen.

5 Resümee

In dieser Arbeit wollte ich den Fragen nachgehen, was Integration bedeutet, woran „gute“ Integration festzumachen ist, ob Integration messbar ist und wenn ja, mit welchen Indikatoren.

Um mich den Antworten zu nähern, habe ich mich einerseits mit der Fachliteratur zum Thema Integration theoretisch auseinandergesetzt, andererseits stützt sich die Arbeit auf die Ergebnisse meiner eigenen Feldforschung, die ich im niederösterreichischen Falkenstein gemacht habe.

Die theoretische Auseinandersetzung führte mich zu unterschiedlichen wissenschaftlichen Konzepten zum Integrationsbegriff, die deutlich machen, dass die Integration von Zuwanderern ein mehrdimensionaler Prozess ist, die voneinander abhängig sind. Esser teilt die Indikatoren, wie zum Beispiel Kenntnisse über geltende Regeln, Sprachbeherrschung, Positionierung im Arbeits- und Wohnungsmarkt, soziale Beziehungen und die emotionale Verbundenheit der MigrantInnen mit der Aufnahmegesellschaft in vier Ebenen: Kulturation, Platzierung, Interaktion und Identifikation. Ager und Strang setzen auf ein Pyramidenkonzept, das in beide Richtungen gelesen werden kann, wobei die Basis der Pyramide Rechte und Staatsbürgerschaft bilden, die Kategorien Sprach- und Kulturkompetenzen und Sicherheit und Stabilität die Integration vorantreiben, unterschiedliche soziale Verbindungen und die Mittel und Indikatoren Beschäftigung, Unterkunft, Bildung und Gesundheit komplettieren das Modell.

im Alltag und im politischen Diskurs wird der Begriff Integration häufig als Synonym für Assimilation gebraucht, während die Wissenschaft ganz klar zwischen den Begriffen unterscheidet.

Die Frage nach „Was ist gelungene Integration“ ist insofern schwer zu beantworten, da über die von der Wissenschaft entwickelten Konzepte normative Aussagen gemacht werden, die nicht frei von kulturellen, gesellschaftlichen, sozialen und politischen Werten sind.

Ob ein Integrationsmodell „gut“ oder „schlecht“ ist, ist unter anderem also vom jeweiligen politischen Standpunkt aus abhängig.

Fassmann spricht davon, dass die Zielperspektiven der Migrations- und Integrationspolitik – ganz allgemein in einigen europäischen Staaten, im Besonderen aber in Österreich – nicht klar formuliert sind. Er hält das aber für sehr wichtig, denn ohne eine (gemeinsame) Zielvorstellung steht es den Betrachtern frei, ihre eigenen Bewertungen zu einer allgemeingültigen Aussage mit wissenschaftlichem Anstrich zu machen (vgl. Fassmann 2006: 235). Auch Esser (2001: 71) spricht davon, dass die wirksamste Maßnahme gegen soziale Distanzen eine glaubwürdige und einhellige Position über die parteipolitischen Grenzen hinweg ist.

Die Schaffung eines Staatssekretariats für Integration wurde lange gefordert, allerdingst lösten die Verortung im Innenministerium und die Ernennung von Sebastian Kurz zum Staatssekretär zahlreiche Diskussionen aus.

Positiv zu bewerten ist die enge Zusammenarbeit mit einem Unabhängigen Expertenrat aus der Wissenschaft von Sebastian Kurz, die unter dem Vorsitzenden Univ.-Prof. Dr. Heinz Fassmann als "Kompetenzzentrum" und "zentraler Motor des Integrationsprozesses" fungieren (vgl. Staatssekretariat für Integration).

Dieser Expertenrat hat eine Zieldefinition vorgenommen und versucht nun Integration anhand der vorgestellten Integrationsindikatoren jährlich zu messen. In meiner Feldforschung habe ich versucht, durch qualitative Forschung die individuellen und persönlichen Indikatoren für die am Integrationsprozess beteiligten Menschen herauszufiltern. Dabei wurde Sprachbeherrschung als wichtigster Indikator oder sogar als Voraussetzung für Integration genannt. Weitere wichtige genannte Punkte, um sich in der Aufnahmegesellschaft wohl zu fühlen, waren die Existenz von sozialen Beziehungen, die über Nachbarschaftshilfe hinausgehen und die Möglichkeit zu arbeiten und sich weiterzubilden. Interessant waren die selbstkritischen Aussagen der Mehrheitsgesellschaft zum Thema Integrationsbereitschaft der Aufnahmegesellschaft. Auch die Möglichkeit zur politischen Mitbestimmung und die aktive Teilnahme am Ortsgeschehen wurden als Zeichen gelungener Integration genannt. Von Seiten der Zugewanderten wurde neben dem Aspekt sich mit der Kultur der aufzunehmenden Gesellschaft zu befassen auch der Wunsch nach Selbstverwirklichung genannt.

In der Literatur finden sich zahlreiche Vorschläge für Maßnahmen im Bereich der kommunalen Integrationspolitik, die bessere Integrationsmöglichkeiten nach sich ziehen sollen. Viele der wichtig erscheinenden Punkte sind aber in Kleinstgemeinden wie Falkenstein nicht umsetzbar.

Vielleicht lassen sich einige einfacher umsetzen, andere dafür schwerer. In einem Dorf, in dem darum gekämpft wird die Schule und den Kindergarten zu erhalten, ist es utopisch muttersprachliches Personal zu fordern.

In diesem Bereich muss noch mehr getan werden und konkrete Lösungsvorschläge für kleine Gemeinden erarbeitet werden, bevor auch im ländlichen Gebiet die Ankunft von neuen MitbürgerInnen aus anderen Kulturen gänzlich verschlafen wird. Eine verstärkter Austausch und bessere Zusammenarbeit und Vernetzung mit den umliegenden Ortschaften könnten ein Lösungsansatz sein.

Laut Integrationsbericht 2012 verändert sich die Einstellung zur Integration in Österreich langsam zum Positiven, auch wenn noch immer mehr als die Hälfte der Meinung sind, dass die Integration von MigrantInnen in Österreich eher schlecht funktioniert. Um wirklich von einer positiven Entwicklung sprechen zu können, bleibt uns noch einiges zu tun. Diskriminierungen am Arbeits- und Wohnungsmarkt sind Realität, Chancengleichheit und Gleichberechtigung dürfen keine leeren Floskeln bleiben, es müssen gezielt Maßnahmen gesetzt werden um diese zu ermöglichen.

Zum Integrationsverständnis in Falkenstein bleibt zu sagen, dass ich hier kein für Falkenstein gültiges Gesamtstimmungsbild zeichnen konnte. Dafür war meine Forschung zu sehr auf Janines und Kodous Umfeld beschränkt und hätte breiter angelegt werden müssen.

Die Ergebnisse meiner Feldforschung zeigen aber, dass die einseitige Anpassung der MigrantInnen an die Mehrheitsgesellschaft durchaus nicht als Indikator für eine gelungene Integration gesehen wird. Zumindest in der untersuchten Ortschaft hat hier hoffentlich ein Umdenken begonnen, das nicht zuletzt dem Bürgermeister der Gemeinde zu verdanken ist. In diesem Sinne möchte ich meine Arbeit mit einem Zitat von Leopold Richter beenden:

„I loss des Anderssein beim andern zua und wir finden trotzdem an gemeinsamen Weg. (...) Integration funktioniert nur daun, waun olle zwa an Schritt in de richtige Richtung mochn. Waun ana zruckgeht und da aundare muas immer nochgeh, dann funktioniert des ned“ (Interview 1: 23).

6 Quellenangaben

AMESBERGER, Helga, Brigitte HALBMAYR

- 2001 Integrationsindikatoren. Zur Nachhaltigkeit von Integrationspolitik. Endbericht.

BAUBÖCK, Rainer

- 2001 Integration von Einwanderern- Reflexionen zum Begriff und seinen Anwendungsmöglichkeiten. In: WALDRAUCH, Harald (2001): Die Integration von Einwanderern. Ein Index der rechtlichen Diskriminierung. Frankfurt/New York: Campus Verlag.

BEER, Bettina

- 2008 Einleitung: Feldforschungsmethoden. In: BEER, Bettina (Hrsgin.) (2008): Methoden ethnologischer Feldforschung. Berlin: Dietrich Reimer Verlag.

BERNARD, Josef:

- 2007 Soziale Integration von Großstadt-Dorf-MigrantInnen in Österreich und in der Tschechischen Republik. SWS-Rundschau 2/2007.

BISCHOF Karin, Brigitte HALBMAYR, Kerstin LERCHER, Barbara LIEGL

- 2007 Integration als kommunales Politikfeld – Entstehungsbedingungen, Problemlagen und Modelle. SWS-Rundschau 2/2007.

BMI (Bundesministerium für Inneres)

2010 Nationaler Aktionsplan für Integration. Bericht. Wien: Bundesministerium für Inneres.

[online unter: http://www.integration.at/fileadmin/Staatssekretariat/4-Download/Bericht_zum_Nationalen_Aktionsplan.pdf,
letzter Zugriff: 24.08.2012]

BMI (Bundesministerium für Inneres)

2011 Integrationsbericht. Vorschläge des Expertenrates für Integration. Wien: Bundesministerium für Inneres.

[online unter: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Service/STS/Vorschlaege_Langfassung.pdf, letzter Zugriff: 24.08.2012]

BMI (Bundesministerium für Inneres)

2012 a Integrationsbericht. Integration als Querschnittsmaterie. Bilanz der Maßnahmen 2011/12. Wien: Bundesministerium für Inneres.

[online unter: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Service/Integration_2012/Integrationsbericht_2012_Band_3_ANSICHT.pdf,
letzter Zugriff: 24.08.2012]

BMI (Bundesministerium für Inneres)

2012 b Integrationsbericht. Bilanz des Expertenrates für Integration 2012. Wien: Bundesministerium für Inneres.

[online unter: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Service/Integration_2012/Integrationsbericht_2012_Band_1_ANSICHT.pdf,
letzter Zugriff: 24.08.2012]

ESSER, Hartmut

2001 Integration und ethnische Schichtung. Arbeitspapiere des Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung 40. Mannheim.

[online unter: <http://www.mzes.uni-mannheim.de/publications/wp/wp-40.pdf>,
letzter Zugriff: 25.06.2012]

EUROPÄISCHE KOMMISSION

2011 Europäische Agenda für die Integration von Drittstaatsangehörigen, Brüssel.

[online unter: http://ec.europa.eu/home-affairs/news/intro/docs/110720/1_DE_ACT_part1_v3.pdf,
letzter Zugriff: 19.07.2012]

EUROPÄISCHER RAT FÜR JUSTIZ UND INNERES

2004 Gemeinsame Grundprinzipien für die Politik der Integration von Einwanderern in der EU, Brüssel.

[online unter: http://ec.europa.eu/ewsi/de/EU_actions_integration.cfm,
letzter Zugriff: 19.07.2012]

FASSMANN, Heinz; STACHER, Irene und STRASSER Elisabeth

2003 Einleitung: Zweck des Berichts, zentrale Begriffe und inhaltliche Gliederung. In: FASSMANN, Heinz; STACHER, Irene (Hrsg.) (2003): Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Demographische Entwicklungen – sozioökonomische Strukturen – rechtliche Rahmenbedingungen. Wien: Verlag Drava Klagenfurt/Celovec.

FASSMANN, Heinz

- 2006 Der Integrationsbegriff: missverständlich und allgegenwärtig - eine Erläuterung. In: OBERLECHNER, Manfred (Hrsg.) (2006): Die missglückte Integration? Wege und Irrwege in Europa. Wien: Braumüller.

FASSMANN, Heinz

- 2010 Integrationsindikatoren des Nationalen Aktionsplans für Integration. Wien: Bundesministerium für Inneres.

[online unter: http://www.integration.at/fileadmin/Staatssekretariat/4-Download/NAP__indikatoren.pdf, letzter Zugriff: 24.08.2012]

FESSLER, Peter, Christine KELLER, Renate POMMERENING-SCHOBER und Wolf SZYMANSKI

- 2006 Das neue österreichische Staatsbürgerschaftsrecht. Wien: Manz.

GESEMANN Frank, Roland ROTH (Hrsg.)

- 2009 Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Migration und Integration als Herausforderung von Kommunen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

GOJO, Josef

- 2003 Jugendarbeit und Freizeit (48 – 52) In: ZWICKLHUBER, Maria (Hrsgin.) (2003): Interkulturelles Zusammenleben und Integration als kommunalpolitische Herausforderung. Handbuch für die interkulturelle Gemeindearbeit. Wien: Interkulturelles Zentrum.

GORDON, Milton M.

1964 Assimilation in American Life. The Role of Race, Religion and National Origins. Oxford University Press: New York.

GRUBER, Marika

2010 Integrationspolitik in Kommunen – Herausforderungen, Chancen, Gestaltungsansätze. Wien: Springer-Verlag.

HAN, Petrus

2005 Soziologie der Migration. Stuttgart: Lucius & Lucius. 2. Auflage.

HAUSER-SCHÄUBLIN, Brigitta

2008 Teilnehmende Beobachtung (37-58) In: BEER, Bettina (Hrsgin.) (2008): Methoden ethnologischer Feldforschung. Berlin: Dietrich Reimer Verlag.

HARTMANN, Christof

2012 Machtwechsel im Senegal – neue Chance für die Demokratie? In: GIGA Focus Afrika, Nr. 2/2012, Hamburg: GIGA.

[online unter: http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_afrika_1202.pdf, letzter Zugriff: 15.8.2012]

HOFFMANN-NOWOTNY, Hans-Joachim

1987 Gastarbeiterwanderungen und soziale Spannungen (46 – 66) In: REIMANN, Helga und Horst REIMANN (Hrsg.) (1987): Gastarbeiter. Analysen und Perspektiven eines sozialen Problems, Opladen (WV-studium; 132). 2., völlig neu bearbeitete Auflage.

HOPF, Christel

- 2012 Qualitative Interviews – ein Überblick (349 – 360) In: FLICK, Uwe, Ernst von KARDOFF und Ines STEINKE (2012): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag. 9. Auflage.

HUSS, Daria Ulrike

- 2002 Rahmenbedingungen für die Entscheidung junger Senegalesen aus dem Großraum Dakar zu irregulären Bootsmigration nach Europa. Wien: Diplomarbeit an der Universität Wien.

KALAYCI, Hüseyin

- 2003 Schule (44 – 47) In: ZWICKLHUBER, Maria (Hrsgin.) (2003): Interkulturelles Zusammenleben und Integration als kommunalpolitische Herausforderung. Handbuch für die interkulturelle Gemeindearbeit. Wien: Interkulturelles Zentrum.

KLEIN, Elisabeth

- 1998 Soziale Integration von Zugezogenen in einer Wiener Umlandgemeinde. Wien: Diplomarbeit an der Universität Wien.

KLUGE, Friedrich

- 2002 Etymologische Wörterbuch der deutschen Sprache, Berlin/New York: De Gruyter. 24. Auflage.

MAYRING, Philipp

- 2002 Einführung in die Qualitative Sozialforschung. Weinheim und Basel: Beltz Verlag. 5. Auflage.

MAYRING, Philipp

2010 Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Weinheim und Basel: Beltz Verlag. 11. Auflage.

MITTERBAUER, Julia

2009 „[...]versucht ihr wirklich euch zu integrieren oder ist das nur so dahergesagt?“ Eine Untersuchung der individuellen Spracherwerbsprozesse von MigrantInnen in Wien. Wien: Diplomarbeit an der Universität Wien.

ÖFSE

2002 Länderprofil Senegal.
[online unter: <http://www.oefse.at/Downloads/laender/senegal02.pdf> letzter Zugriff: 15.08.2012]

PALOMA, Fernández de la Hoz

2003 Religion (32 – 39) In: ZWICKLHUBER, Maria (Hrsgin.) (2003): Interkulturelles Zusammenleben und Integration als kommunalpolitische Herausforderung. Handbuch für die interkulturelle Gemeindearbeit. Wien: Interkulturelles Zentrum.

PERCHINIG, Bernhard

2003 a Einwanderung und Integrationspolitik in Europa.(9 – 15) In: ZWICKLHUBER, Maria (Hrsgin.) (2003): Interkulturelles Zusammenleben und Integration als kommunalpolitische Herausforderung. Handbuch für die interkulturelle Gemeindearbeit. Wien: Interkulturelles Zentrum.

PERCHINIG, Bernhard

- 2003 b Integration als kommunalpolitische Herausforderung.(22 – 26)
In: ZWICKLHUBER, Maria (Hrsgin.) (2003): Interkulturelles Zusammenleben und Integration als kommunalpolitische Herausforderung. Handbuch für die interkulturelle Gemeindearbeit. Wien: Interkulturelles Zentrum.

PERCHINIG, Bernhard

- 2003 c Kultur und Identität. (27 – 31) In: ZWICKLHUBER, Maria (Hrsgin.) (2003): Interkulturelles Zusammenleben und Integration als kommunalpolitische Herausforderung. Handbuch für die interkulturelle Gemeindearbeit. Wien: Interkulturelles Zentrum.

PERCHINIG, Bernhard

- 2010 Migration, Integration und Staatsbürgerschaft – was taugen die Begriffe noch? (13 – 32) In: LANGTHALER, Herbert (Hrsg.) (2010): Integration in Österreich. Sozialwissenschaftliche Befunde. Innsbruck/Wien/Bozen: Studienverlag.

PETERS, Bernhard

- 1993 Die Integration moderner Gesellschaften. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

REICHEL, David

- 2011 Staatsbürgerschaft und Integration – Die Bedeutung der Einbürgerung für MigrantInnen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. Dissertation am Institut für Soziologie der Universität Wien 2010.

ROSENBERGER, Sieglinde

- 2012 Integrationspolitik als Regierungspolitik. Das Staatssekretariat für Integration im Monitoring. Kurfassung der Forschungsergebnisse April 2001 – März 2012. Wien: Universität Wien. Institut für Politikwissenschaft.

SPENCER, Sarah

- 2006 The Challenge of Integration in Europe. In: PAPADEMETRIOU, Demetrios G. (Hrsg.): Europe and its Migrants in the 21st Century. A new Deal or a continuing Dialogue with the Deaf? Washington DC: MPI.

TREIBEL, Annette

- 2003 Migration in modernen Gesellschaften. Soziale Folgen von Einwanderung, Gastarbeit und Flucht. Weinheim und München: Juventa Verlag.

UDENANI, Chibueze

- 2003 Partizipation und politische Mitgestaltung im Gemeindeleben (59 – 61) In: ZWICKLHUBER, Maria (Hrsgin.) (2003): Interkulturelles Zusammenleben und Integration als kommunalpolitische Herausforderung. Handbuch für die interkulturelle Gemeindearbeit. Wien: Interkulturelles Zentrum.

ZWICKLHUBER, Maria

- 2003 Kindergarten (40 – 43) In: ZWICKLHUBER, Maria (Hrsgin.) (2003): Interkulturelles Zusammenleben und Integration als kommunalpolitische Herausforderung. Handbuch für die interkulturelle Gemeindearbeit. Wien: Interkulturelles Zentrum.

6.1 Verwendete Websites:

alle zuletzt eingesehen am 24.08.2012

BMI (BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES): www.bmi.gv.at

- Integrationsbericht. Vorschläge des Expertenrates für Integration:
http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Service/STS/Vorschlaege_Langfassung.pdf
- Integrationsbericht. Integration als Querschnittsmaterie. Bilanz der Maßnahmen 2011/12:
http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Service/Integration_2012/Integrationsbericht_2012_Band_3_ANSICHT.pdf
- Integrationsbericht. Bilanz des Expertenrates für Integration 2012:
http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Service/Integration_2012/Integrationsbericht_2012_Band_1_ANSICHT.pdf

DERSTANDARD.AT

- Integrationsbericht 2012: Keine Euphorie, aber langsame Fortschritte, Artikel vom 09.07.2012:
<http://derstandard.at/1341526926458/Integrationsbericht-2012-Keine-Euphorie-aber-langsame-Fortschritte>

GEMEINDE FALKENSTEIN: www.falkenstein.gv.at

STAATSSSEKRETARIAT FÜR INTEGRATION: <http://www.integration.at/>

- Nationaler Aktionsplan für Integration. Bericht: :
http://www.integration.at/fileadmin/Staatssekretariat/4-Download/Bericht_zum_Nationalen_Aktionsplan.pdf

- Integrationsindikatoren des Nationalen Aktionsplans für Integration:
http://www.integration.at/fileadmin/Staatssekretariat/4-Download/NAP__indikatoren.pdf

STATISTIK AUSTRIA:

www.statistik.at

- Statistik und Daten zur Gemeinde Falkenstein:
<http://www.statistik.at/blickgem/gemDetail.do?gemnr=31608>
- Migration und Integration. Zahlen. Daten. Indikatoren 2011:
http://www.statistik.at/web_de/services/publikationen/2/index.html?id=2&listid=2&detail=621

VEREIN FALKART:

www.falkart.at

6.2 Verzeichnis der problemzentrierten Interviews

Interview 1:

Leopold Richter, Bürgermeister von Falkenstein, Einzelinterview. Geführt am 19.06.2012 im Festsaal des Gemeindeamtes Falkenstein.

Interview 2:

Janine Sagna, Einzelinterview im Beisein ihrer Tochter und Vertrauten Anna Hruschka. Geführt am 20.07.2012 in meiner Wohnung in Wien.

Interview 3:

Kodou Seydi, Einzelinterview im Beisein ihrer Mutter und Vertrauten Anna Hruschka. Geführt am 20.07.2012 in meiner Wohnung in Wien

Interview 4:

Alfred Hrschuka, Mitbegründer von FalkArt und Bewohner Falkensteins, Einzelinterview. Geführt am 20.08.2012

7 Anhang

7.1 Darstellungsverzeichnis

DAR. 1: PHASEN DES ASSIMILATIONSPROZESSES (NACH MILTON M. GORDON 1964: 1, ZITIERT NACH HAN 2005: 58)	16
DAR. 2: SYSTEMINTEGRATION UND DIE VIER DIMENSIONEN DER SOZIALINTEGRATION (NACH ESSER 2001: 16)	18
DAR. 3: TYPEN DER SOZIALINTEGRATION (NACH ESSER 2001: 19 BZW. FASSMANN 2006: 228)	21
DAR. 4: INTEGRATIONSINDIKATOREN (AGER UND STRANG 2004: 3)	27
DAR. 5: INTEGRATIONSINDIKATOREN DES NATIONALEN AKTIONSPANS FÜR INTEGRATION, (FASSMANN 2010: 1)	57

7.2 Abstract

Die vorliegende Arbeit versucht sich der Frage, was Integration bedeutet, aus verschiedenen Perspektiven zu nähern. Dazu wurde eine teilnehmende Beobachtung in einer kleinen Gemeinde im Weinviertel, in der zwei Senegalesinnen leben, durchgeführt. Weiters wurden Interviews mit den beiden Frauen, dem Bürgermeister der Gemeinde und dem Mitbegründer eines Vereins abgehalten. Im ersten Teil werden unterschiedliche theoretische Ansätze aus der Wissenschaft der letzten Jahrzehnte vorgestellt und diskutiert. Anschließend wird aufgezeigt, wie Europa beziehungsweise Österreich mit dem Begriff „Integration“ umgeht und welche Integrationspolitik betrieben wurde und wird. Mithilfe theoretischer Konzepte werden verschiedene Integrationsindikatoren herausgearbeitet und gezeigt, wie die österreichische Politik versucht diese aufzugreifen und so Integration messbar zu machen.

Im empirischen Teil der Arbeit wurde mithilfe qualitativer Methoden versucht, diese und neue Indikatoren wiederzufinden und so anhand einer qualitativen Forschung zu zeigen, woran „gute“ Integration festzumachen ist. Da diese Arbeit ein besonders Augenmerk auf Integration im ländlichen Gebiet legt, wurden aus der Literatur Maßnahmen herausgearbeitet, die vorwiegend in kleineren Gemeinden Anwendung finden könnten, um diese mit den Ergebnisse aus der Empirie zu vergleichen.

7.3 Lebenslauf

Persönliche Daten	
Vor- und Zuname:	Anna Zeindlhofer
Geburtsdatum:	17. November 1982
Geburtsort:	Steyr, Österreich
E-Mail:	a_zeindlhofer@hotmail.com
Bildungsweg	
1989 – 1993	Volksschule Wehrgraben, Steyr
1993 – 1997	Bundesgymnasium Steyr
1997 – 2002	HBLA Steyr
Schwerpunkt	Fremdsprachen (Englisch, Französisch) und Wirtschaft
2006 – 2012	Modul „Deutsch als Fremdsprache / Zweitsprache“ an der Universität Wien
Hauptfächer	Methodik und Didaktik des Faches Deutsch als Fremdsprache, Lehr- und Lernforschung
2002 – 2012	Studium der Kultur- und Sozialanthropologie an der Universität Wien
Hauptfächer	Schwerpunktsetzung auf Integration, Migration und Asyl
Berufserfahrung	
September 2011 – heute	DaF- Lektorin an der Technischen Universität Wien
Wichtigste Tätigkeiten	DaF-Unterricht auf den Niveaus A1 – C2
Februar 2011 – heute	Sprachtrainerin bei Interface Wien GmbH.
Wichtigste Tätigkeiten	DaZ-Grundstufenunterricht für 10-14-Jährige im Rahmen des Projekts „Sowieso Mehr! - Deutschkurse während des Schulsemesters“

August 2009 – heute Wichtigste Tätigkeiten	Mitarbeit beim Österreich Spiegel Auswahl und Didaktisierung von authentischen Artikeln und Hörbeiträgen aus der österreichischen Print- und Radiolandschaft Einblick und Mitwirkung bei der Erstellung einer Zeitung durch Redaktions- und Bildassistenten
Juli/August 2009, 2010, 2011 und 2012 wichtigste Tätigkeiten	Sprachtrainerin bei Interface Wien GmbH. DaZ-Grundstufenunterricht für 6-14 Jährige im Rahmen des Sommerprojekts der MA 17 - „Sowieso Mehr! Dein Sommer. Dein Wien.“
Oktober 2009 – 2011 wichtigste Tätigkeiten	Kursleiterin an der DeutschAkademie Wien DaF-Unterricht in Grund- und Mittelstufe
2008 – 2009 wichtigste Tätigkeiten	Deutschkursleiterin für das Asylzentrum der Caritas ehrenamtlicher DaZ-Grundstufenunterricht und Betreuung der Asylwerber bei diversen Aktivitäten (Stadtrundgänge, Behördengänge, etc.)
Fähigkeiten und Kompetenzen	
Sprachen	Deutsch Englisch Französisch
EDV-Kenntnisse	ECDL-Zertifikat
sonstiges	Lehrgang „Interkulturelle Elternberatung“ vom Interkulturellen Zentrum